



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates

Sitzungsort: Stadttheater, Festsaal		Sitzung-Nr.: StR/05/2021
Sitzungsdatum: Dienstag, 22.06.2021	Sitzungsbeginn: 14:00 Uhr	Sitzungsende: 18:55 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz
Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf
Bürgermeisterinnen
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll Bürgermeisterin Petra Kleine
Stadtratsmitglieder
Herr Stadtrat Johann Achhammer Frau Stadträtin Brigitte Fuchs Herr Stadtrat Dr. Michael Kern Frau Stadträtin Patricia Klein Herr Stadtrat Dr. Christian Lösel Frau Stadträtin Brigitte Mader Herr Stadtrat Dr. Matthias Schickel Herr Stadtrat Robert Schidlmeier Herr Stadtrat Franz Wöhrl Herr Stadtrat Christian De Lapuente Frau Stadträtin Veronika Peters Herr Stadtrat Hans-Joachim Werner Herr Stadtrat Dr. Anton Böhm Herr Stadtrat Klaus Mittermaier Herr Stadtrat Jörg Schlagbauer

Herr Stadtrat Dr. Manfred Schuhmann

Frau Stadträtin Petra Volkwein

Herr Stadtrat Quirin Witty

Frau Stadträtin Barbara Leininger

Herr Stadtrat Christian Höbusch

Frau Stadträtin Agnes Krumwiede

Frau Stadträtin Stephanie Kürten

Frau Stadträtin Maria Segerer

Herr Stadtrat Jochen Semle

Herr Stadtrat Dr. Christoph Spaeth

Herr Stadtrat Hans Stachel

Frau Stadträtin Angela Mayr

Herr Stadtrat Klaus Böttcher

Herr Stadtrat Raimund Reibenspieß

Herr Stadtrat Lukas Rehm

Herr Stadtrat Oskar Lipp

Herr Stadtrat Günter Schülter

Herr Stadtrat Christian Lange

Herr Stadtrat Jürgen Köhler

Herr Stadtrat Sepp Mißbeck

Herr Stadtrat Georg Niedermeier

Frau Stadträtin Eva Bulling-Schröter

Herr Stadtrat Christian Pauling

Herr Stadtrat Raimund Köstler

Herr Stadtrat Fred Over

Herr Stadtrat Jakob Schäuble

Herr Stadtrat Karl Ettinger

Herr Stadtrat Dr. Markus Meyer

Frau Stadträtin Veronika Hagn

Berufsmäßige Stadträte

Herr Bernd Kuch

Referat I

Herr Franz Fleckinger

Referat II

Herr Dirk Müller

Referat III

Herr Gabriel Engert

Referat IV

Herr Isfried Fischer

Referat V

Herr Gero Hoffmann	Referat VI
Frau Renate Preßlein-Lehle	Referat VII
Herr Prof. Dr. Georg Rosenfeld	Referat VIII
Entschuldigt	
Herr Stadtrat Alfred Grob	
Herr Stadtrat Albert Wittmann	
Herr Stadtrat Hans Süßbauer	
Herr Stadtrat Ulrich Bannert	

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	5
1. Nachhaltigkeitsagenda Ingolstadt Vorlage: V0408/21	5
. Sitzungspause von 15:55 Uhr bis 16:25 Uhr	12
2. Überprüfung von KW-Stellen für den Stellenplan 2022 (Referent: Bernd Kuch) Vorlage: V0424/21	12
3. Besetzung der Ausschüsse und Gremien Hier: Entsendung in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Ingolstadt Beteiligungen GmbH (Referent: Oberbürgermeister Dr. Scharpf) Vorlage: V0415/21	28
3.1. Umbesetzungen in den Ausschüssen und Gremien (Referent: Oberbürgermeister Dr. Scharpf) Vorlage: V0435/21	28
4. Museum für Konkrete Kunst und Design - 3. ergänzende Projektgenehmigung (Referent: Herr Hoffmann) Vorlage: V0456/21	29
5. Dringlichkeitsantrag: Instandsetzung Donauwurm und angrenzende Wasserflächen -Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 22.06.2021- Vorlage: V0505/21	38

Oberbürgermeister Dr. Scharpf eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Stadtrat ordnungsgemäß geladen wurde und 47 Mitglieder erschienen sind. Der Stadtrat ist damit beschlussfähig.

Mit nachstehenden Änderungen zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

Öffentliche Sitzung

Von der Tagesordnung wird **abgesetzt**:

Punkt 2	Stellenplananträge für den Stellenplan 2022 (Referent: Bernd Kuch) V0423/21
---------	--

Oberbürgermeister Dr. Scharpf informiert, dass sich der Ältestenrat für die Absetzung des TOP 2 – Stellenplananträge für den Stellenplan 2022 **V0423/21** ausgesprochen habe. Eine erneute Beratung solle im September stattfinden. Weiter geht er auf das bisherige Prozedere hinsichtlich des Vorgehens beim Stellenplan an und merkt an, dass ihm dies nicht bekannt gewesen sei. Weiter informiert der Oberbürgermeister, dass bereits im Februar dieses Jahres die Referate hinsichtlich dessen abgefragt worden seien. Es sei legitim, die Stellenplananträge auch im Lichte der Finanzentwicklung in den kommenden Monaten zu prüfen. Die Verwaltung müsse den Haushalt und den Stellenplan etwas entzerren. Es müssen Beratungen in den Fraktionen und Gruppierungen stattfinden, damit Änderungen eingebracht werden können. Nach der jetzigen Herangehensweise habe man eine saubere Zeitschiene. Oberbürgermeister Dr. Scharpf sichert für das nächste Jahr ein neues Verfahren hinsichtlich der Zeitschiene zu.

In die Tagesordnung wird **aufgenommen**:

Punkt 4.1 Umbesetzungen in den Ausschüssen und Gremien
(Referent: Oberbürgermeister Dr. Scharpf)
V0435/21

Begründung der Dringlichkeit:

Aktualität der Gremienbesetzung für die BZA-Sitzungen im Juli

Zur Tagesordnung liegt ein **Dringlichkeitsantrag** vor:

Punkt 6 (neu) Instandsetzung Donauwurm und angrenzende Wasserflächen
- Dringlichkeitsantrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 22.06.2021
V0505/21

Zum Dringlichkeitsantrag weist Oberbürgermeister Dr. Scharpf darauf hin, dass aufgrund der jetzigen Badesaison die Dringlichkeit gegeben sei.

Die Nummerierung ändert sich dementsprechend.

Herr Müller informiert, dass aufgrund der verbesserten Inzidenzlage die Maskenpflicht am Platz und am Rednerpult aufgehoben sei.

Abstimmung über die Änderungen zur Tagesordnung:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Danach gibt der Stadtrat seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung

1. **Nachhaltigkeitsagenda Ingolstadt** **Vorlage: V0408/21**

Antrag:

1. Teilziele, Leitbild und Vision für Ingolstadt sind im Rahmen des Dialogprozesses der Nachhaltigkeitsagenda auf Basis des bereits erarbeiteten Zielmodells weiterzuentwickeln.
2. Die „SDG-Indikatoren für Kommunen“ vom Typ I und II (siehe Anlage) sind im Rahmen des Dialogprozesses auf Relevanz für Ingolstadt zu prüfen und ggf. mit Zielwerten zu ergänzen. Die Ergebnisse sind anschließend dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.
3. Die vorgeschlagenen zusätzlichen Indikatoren zur Messung des Erfüllungsgrads der Ziele von Ingolstadt sind im Verlauf des Dialogprozesses zu konkretisieren. Die Ergebnisse sind anschließend dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.
4. Der Sachstandsbericht zum integrierten Klimaschutzkonzept sowie der Energie- und Treibhausgasbilanz wird zur Kenntnis genommen.

Herr Meier erinnert daran, dass im Dezember vergangenen Jahres die Ergebnisse der stadtinternen Diskussion zur Nachhaltigkeit vorgelegt worden seien und der Stadtrat den Wunsch geäußert habe, diese in einer Sitzung nochmals zu diskutieren. Weiter zitiert er aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz. Bei dessen Betrachtung sei die Entscheidung des Stadtrates in Februar 2019, eine eigene Nachhaltigkeitsagenda zu erstellen, die Richtige gewesen. Mit der heutigen Sitzung, vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtrates, finde der erste Teil des lokalen Prozesses seinen Abschluss. Am kommenden Freitag obliege es dem Lenkungskreis Nachhaltigkeit, die passenden Partner für die nächsten Verfahrensschritte zu finden. Weiter folgten die öffentlichen Diskussionen, die Beratungen und die Entwicklung konkreter Handlungskonzepte.

Herr Dr. Holzner von iCONDU geht anhand einer PowerPoint-Präsentation auf die Nachhaltigkeitsagenda für Ingolstadt ein. Er stellt besonders die Methodik und das Vorgehen sowie die Indikatoren, das Zielmodell Ingolstadt und die Projektbeispiele dar. Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei. Insoweit wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Stadträtin Klein zeigt sich erfreut über den detaillierten Vortrag und die gute Herangehensweise. Sie gehe davon aus, dass niemand die Bedeutung des nachhaltigen Handels in Frage stellen werde. Es handle sich um die Sicherung der Existenz von Mensch und Tier und bedürfe einer schnellen Umsetzung. Stadträtin Klein geht auf zwei Punkte ein: Sie gehe davon aus, dass es eine große Herausforderung sei, dieser im Prozess und auch im Nachhinein gerecht zu werden. Dabei verweist sie auf die Bürger, welche an jeder Stelle mitgenommen werden müssten. Diesen müsste genau, auch visuell anschaulich, alle Maßstäbe und das Handeln erklärt werden. In dem Prozess solle nichts aus den Augen verloren werden und die Bürger sollten mit einbezogen werden. Insofern solle an die Kommunikation zu diesem Thema gedacht werden. Beim zweiten Thema verweist sie auf die Finanzierbarkeit und betont, dass sie hier Bauchschmerzen habe. Die Kommune habe nur begrenzte Möglichkeiten zur Finanzierung. Dabei verweist sie auch auf die Übergangsphasen, welche finanziell sehr anspruchsvoll seien. Insofern sei es im Hinblick auf die Planungssicherheit sinnvoll zu erfahren, was in den einzelnen Bereichen auf die Stadt zukomme. Stadträtin Klein geht davon aus, dass nicht alles aus kommunalen Mitteln zu tragen sei und verweist dabei auf die Unterstützung der EU, des Bundes und der Länder. Dies sei für das Vorankommen der Kommunen dringend erforderlich. Es sei ersichtlich, dass in vielen Bereichen ein Paradigmenwechsel anstehe. Dies sei gerade bei der Verkehrswende, bei der energetischen Sanierung und auch bei den Neubauten ersichtlich. Die Stadt werde hier in den nächsten Jahren stark gefordert. Insofern brauche der Stadtrat Planungssicherheit.

Als Entscheidungsunterstützung verweist Stadträtin Peters auf die in der Vergangenheit aufgeführten Zielvorstellungen der Stadt. Sie empfehle jedem, hier reinzuschauen und zu überlegen, wie nahe man hier an den Vorgaben geblieben sei und wo man derzeit stehe. Sie begrüße auch, mit einem Modell zu arbeiten. Diese Indikatoren seien nicht als Muss, sondern als Hilfe zu verstehen.

Stadtrat Höbusch merkt an, dass man sich mit der Nachhaltigkeitsagenda auf den Weg gemacht habe, die Lebensgrundlage auf diesem Planeten zu erhalten. Er gehe davon aus, dass die Bürger auf diesem Weg, wie auch bereits bei den Tagen der Nachhaltigkeit, in der Kommunikation und den weiteren Prozessschritten mitgenommen wurden. Das Thema müsse immer wieder auf die Tagesordnung, sonst drohe dies in den aktuellen Tagesthemen unterzugehen. Fraglich sei allerdings, ob dies unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt werden müsse. Es sei klar zu schauen, wel-

che Maßnahmen darstellbar seien. Es müssten aber auch die Folgen bedacht werden. Dabei verweist er auf die Wirtschaftlichkeit, die ökologischen und die sozialen Aspekte. Insofern müsse man auch bereit sein, den Finanzierungsvorbehalt im Sinne anderer Ziele hintenanzustellen. Er regt an, gemeinsam kräftig, öffentlich und energisch auf diesem Weg voranzuschreiten, denn es handle sich um die Grundlage des Lebens.

Stadträtin Bulling-Schröter erklärt den Begriff der Nachhaltigkeit und bringt vor, dass nicht mehr Fische aus dem Meer gefischt werden dürften als wieder nachwachsen. Im Hinblick auf die eingefahrenen Verhaltensweisen würden manche Dinge einfach und manche schwierig in der Umsetzung. Die Gesellschaft müsse sich über die Parteigrenzen hinweg verändern, damit zukünftigen Generationen auch noch Fische zur Verfügung stünden. Stadträtin Bulling-Schröter erinnert an das Dreieck der Nachhaltigkeit „Ökonomie – Ökologie – Soziales“. Es handle sich nicht nur um die Ökonomie und das Geld. Für Geld könne man sich vieles kaufen. Insofern solle anders vorgegangen werden. Manchmal sei Nachhaltigkeit auch ein Verzicht und insofern könne dadurch Geld gespart werden. In diesem Sinne sollten die Beschlüsse künftig langfristiger diskutiert und betrachtet werden. Sie habe manchmal das Gefühl, dass zu kurz überlegt werde und nicht bedacht werde, wie in vierzig Jahren mit den ganzen Projekten umgegangen werde.

Stadtrat Lange verweist auf die Workshops und erinnert an die vielen Diskussionen, die in Zukunft geführt werden müssten und auch schon geführt worden seien. An Stadträtin Klein gewandt, sagt er, es sei richtig, die Kommunikation mit den Menschen der Stadt zu suchen. Dies sei einer der wichtigsten Punkte. Die Menschen müssten mitgenommen werden. Dies sei aber nicht der erste Punkt. Als erstes müsse man sich darüber im Klaren sein, dass die Politik Ziele brauche. Der Stadtrat sei nicht da, um die Finanzierbarkeit zu prüfen, auch nicht, ob es die richtige Kommunikationsstrategie gebe. Dieser müsse der Kommune sagen, dass es Ziele gebe, um die Themen Nachhaltigkeit, Schutz der Umwelt und Schutz des ganzen globalen Systems sicherzustellen, nicht mehr und nicht weniger. Er wolle heute nicht darüber sprechen, ob es bereits die richtige Kommunikationsstrategie gebe und auch nicht, ob man sich diese leisten könne. Nach seinen Worten sei eine Abwägung der einzelnen Teilziele sinnvoll. Er bittet darum, die SDG's ernst zu nehmen. Es dürfe nicht vergessen werden, dass Ingolstadt keine Insel der Glückseligen sei. Ingolstadt sei ein Teil dieser Erde und somit in der Verantwortung.

Bürgermeisterin Kleine verweist auf das integrierte Klimaschutzkonzept und die aktuell fertiggestellte Treibhausgasbilanz. Es gehe hier um verschiedene Handlungsfelder. Dabei verweist sie auf die Wissenschaft und auf das Bundesumweltministerium, aus dessen Mitteln die Klimaschutzmanagerin von Ingolstadt gefördert werde. Diese Förderung arbeite in einem eigenen Tempo und nach anderen Überlegungen. Diese sei straff organisiert und gebe ganz klare Zeitziele vor. Das Ziel sei die Vorlage eines integrierten Klimaschutzkonzeptes bis März 2022. Ingolstadt habe sich hierzu bereits eigene Ziele gesetzt. Dabei verweist sie auf die klimaneutrale Stadtverwaltung bis zum Jahr 2030 und die klimaneutrale Stadt bis zum Jahr 2050. Weiter verweist sie auf die Finanzierung. Es sei klar, dass die Nachhaltigkeit und der Klimaschutz mit Investitionen verbunden seien. Die Finanzierung komme aus verschiedenen Quellen, wie u. a. Bund und Land. Lösungen kämen vor allem aus dem Innovationsdrang der Wirtschaft. Weiter sei auch die Forschung mit ins Boot geholt worden. Die Prozesse würden synchronisiert und die Nachhaltigkeit und das Thema Klima seien eng miteinander verknüpft.

Frau Späth geht anhand einer PowerPoint-Präsentation auf den Zwischenbericht des integrierten Klimaschutzkonzeptes ein. Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei. Insoweit wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Bürgermeisterin Kleine merkt an, dass die Klimaschutzmanagerin von neuen Zielen gesprochen habe. Insofern sei es ein Leichtes für die Fraktionen zu sagen, dass aufgrund der aktuellen Gesetzeslage der Stadtratsbeschluss für 2050 auf z. B. das Jahr 2040 geändert werden müsse. Vieles sei in Bewegung. Aufgabe sei im nächsten Jahr, die Ingolstädter Klimaziele neu zu definieren, transparent und datenbasiert.

Stadtrat Pauling verweist auf das Bilanzierungssystem und dass Ingolstadt bei den Rankings ganz oben dabei sei. Hinsichtlich dessen komme es immer leichter zu Fehloptimierungen. Als Beispiel verweist er auf die nicht in Ingolstadt angesiedelte Zementfabrik. Diese sei aber beim Bau ein riesiger Faktor hinsichtlich der grauen Energie. Hier könne man zur Holzbauweise tendieren, welche aber nicht in die Bilanz eingehe. Er hoffe, dass in diesem Bereich immer an das große Ganze gedacht werde. Die Bewusstseinsbildung im Hinblick auf den Konsum müsse ernst genommen werden. Er hoffe in diesem Prozess den Eigenfaktor zu berücksichtigen, an dem sich Ingolstadt selbst messe.

Nach den Worten von Bürgermeisterin Kleine ist es wichtig, nicht nur innerhalb der Treibhausgasbilanz zu denken. Sondern es sei wichtig, den Klimaschutz und auch die anderen Zusammenhänge in diesem Kontext zu sehen. Die Unternehmen müssten motiviert werden die Bilanz, ihrer eigenen Treibhausgasbilanz zu optimieren und gegen Null zu treiben. Es zudem notwendig, dass jeder Beschluss eine Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung und eine CO2 Abschätzung erhalte. Diese müsse allerdings als Verwaltungsvorgang konkret entwickelt werden.

Stadtrat Höbusch betont, dass die Bilanz mit den den SDG's zusammengedacht werden solle. Bei künftigen Vorlagen solle eine nachvollziehbare Einschätzung der Nachhaltigkeitsziele erfolgen. Sechseinhalb Jahre sei ein kurzer Zeitraum.

Die Diskussion ist nach den Worten von Stadträtin Peters relativ theoretisch. Sie wünsche sich hier noch konkreter zu werden. Gerne sei sie zur früheren Erreichung der Klimaneutralität bereit. Im Hinblick auf die Bürgerschaft solle die Kommunikation konkreter werden, somit könnten diese in die Bürgerbeteiligung mit eintreten. Das Thema könne der Stadtrat alleine nicht lösen. Hier bedarf es jeder Beteiligung und insofern auch der Überzeugung.

Man sei sich einig, dass die Zielsetzung nicht nur ein normatives Zukunftsziel sein könne, sondern dies tatsächlich Auswirkungen habe, so Stadtrat Dr. Meyer. Er verweist auf die Bürokratie, bei der Nachhaltigkeits- und Klimafolgenabschätzung bei jeder Beschlussfassung. Seine Anforderung an die Gesetzgeberprozesse sei, diese nicht allzu hoch aufzuhängen. Weiter erkundigt er sich zu den Verzögerungen und den Kosten bei den Planungen von großen Projekten.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf sei ganz bei Stadtrat Dr. Meyer. Bei der Klimaneutralität sei er absolut dabei, denn es sei ersichtlich, in welchem Spannungsfeld man sich hier bewege. Weiter verweist er auf die Investitionsliste.

Der Baubereich sei einer der ganz maßgeblichen, welcher hier mit eingebracht werden müsse, so Herr Hoffmann.

Das Ziel sei klar, die Frage sei, in welchen Schritten und wie schnell man dieses erreichen wolle, so Stadtrat Köstler. Er bemängelt die Zeitschiene und weist darauf hin, zu beginnen und nicht nur zu diskutieren.

Stadträtin Bulling-Schröter begrüße die Prüfung der Anträge im Hinblick auf die Nachhaltigkeit. Ihres Erachtens könne dies auch unbürokratisch erfolgen. Es sei aber auch klar, dass nicht jeder Nachhaltigkeit gleichsehe. Insofern sei die Debatte darüber wichtig.

Herr Meier informiert, dass im nächsten Teil des Nachhaltigkeitskonzeptes ein Modell im Hinblick auf die Sitzungsvorlagen, in Abstimmung mit dem Stadtrat, entwickelt werde. Zur Bürgerbeteiligung merkt er an, dass bei den weiteren Ausschreibungen sehr stark auf dieses Konzept Wert gelegt werde und weniger auf den Preis. Im Vordergrund müsse der Transfer der Nachhaltigkeit in die Bürgerschaft stehen.

Nachhaltigkeit als Konzept bestehe zum einen aus der Umwelt, aber auch aus sozialen und wirtschaftlichen Aspekten, welche gleichgestellte Ziele haben, so Stadtrat Schäuble. Nachhaltigkeit als langfristige Ressourcennutzung, ohne die Natur zu beanspruchen, aber gleichzeitig die Bedürfnisbefriedigung der Bürger zu sichern. Dies berge Konflikte und diese müssten ganz klar, auch von wirtschaftlicher und sozialer Seite, betrachtet werden. Dabei verweist er auf die steigenden Grundstücks- und Baukostenpreise, welche es für Normalbürger unmöglich machten, Eigentum zu erwerben. Diese Konflikte seien für die Leute sehr real, vor allem in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit und die finanzielle Nachhaltigkeit. Diese würden aber benötigt, um die Umweltziele auch finanzieren zu können. Auch dieser Aspekt dürfe nicht unbeleuchtet bleiben. Stadtrat Schäuble bittet, alle Aspekte der Nachhaltigkeit ernst zu nehmen und einen echten Interessenausgleich anzustreben. Nur so könne der Bürger mitgenommen werden. Er regt an, einen breiten Ansatz zu fahren und nicht schon fokussierte Ziele festzulegen.

Für Stadtrat Lange sei der Eindruck entstanden, dass das Thema nachhaltiges Bauen in Konflikt zu einem schnellen Baufortschritt stehe. Genauso wie die Automobilindustrie befinde sich auch die Bauindustrie in einem riesigen Transformationsprozess. Nachhaltiges Bauen sei keine Seltenheit mehr. Dies gehe bis zu 18-stöckigen Hochhäusern, welche ausschließlich aus Holz gebaut würden. Hier würden nicht die Auflagen das Problem sein, sondern der Veränderungsprozess. Es dürfe nicht die Problematik aufgebaut werden, dass nicht schnell genug gebaut werden könne. Hier werde das Gegenteil der Fall sein. Je mehr sich in der Industrie nachhaltiges Bauen durchsetze, desto leichter werde es. An Herrn Hoffmann gewandt, bittet er, am Ball zu bleiben. Ingolstadt solle einer der nachhaltigsten Bauherren weltweit werden.

Der Idealzustand sei, nachhaltig und trotzdem kostengünstig zu bauen, so der Oberbürgermeister. Man solle beiden Zielen gerecht werden.

Wenn man von der Nachhaltigkeit spreche, müssten alle 17 Ziele im Auge behalten werden, so Stadtrat Stachel. Das Thema Klimaschutz sei ein zentrales Thema, aber Klimaschutz ohne sozialen Frieden in der Welt helfe Ingolstadt nicht. Insofern sei es schon wichtig, den Klimaschutz nicht über alles zu stellen, sondern zu bedenken, dass dies ein Bestandteil des Ganzen sei. Mit der Zeitschiene von sechseinhalb Jahren mache man dem Ganzen mächtigen Druck. Man solle aber nicht so blauäugig sein und denken, dass man in dieser Zeit die Welt ändern könne. Es handele sich hier um einen Generationenprozess. Um nicht den sozialen Frieden zu riskieren, müsse man sich die Zeit nehmen.

Stadtrat Dr. Schuhmann zeigt sich erfreut über die Ernsthaftigkeit dieser Diskussion. Es müsse aber klar sein, dass man in den nächsten Jahren nicht drumherum komme, Prioritäten zu setzen. Er vermisse bei allem die Fragen zu den Ausgaben im Hinblick auf die Kultur. Stadtrat Dr. Schuhmann appelliert, mit ähnlicher Ernsthaftigkeit über die Zukunftsinvestitionen im Sinne der Großstadt Ingolstadt zu diskutieren.

Bürgermeisterin Kleine betont, dass ausdrücklich darauf geachtet worden sei, dass in den Akteurs Beteiligungen auch die Kultur mit einbezogen sei. Hintergrund sei, dass heute ja einige davon gesprochen hätten, Routinen und Verhaltensweisen zu ändern. Die Kultur könne dazu beitragen, diese Routinen brechen, Sichtweisen zu ändern und die Menschen emotional zu beteiligen. Eine wichtige Funktion der Kultur sei, die Menschen aus der Komfortzone zu holen und überraschend mitzunehmen. Weiter rate Bürgermeisterin Kleine zu Optimismus. Als Beispiel nehme sie das städtische Energiemanagement der vergangenen Jahre. Dort sei mit wenig Personal, aber mit großem Engagement einiges umgesetzt worden. Dabei verweist sie auf den Ausbau von Photovoltaik. Wenn gute Leute mit guten Zielen etwas umsetzten, dann werde ein gutes Ergebnis erzielt.

Stadtrat Dr. Spaeth vermisse ein wichtiges Luxusgut und verweist dabei auf die Gesundheit. Neben den ganzen Diskussionen zu den Finanzen und dem sozialen Frieden stehe die Gesundheit hinten an. Dabei verweist er auf die zunehmenden Hitzeperioden. Die Gesundheit müsse in den Fokus gerückt werden.

Es seien bereits ganz klar die Grenzen im Hinblick auf die Ressourcenknappheit gesetzt, so Stadträtin Leininger. Es können nicht mehr Materialien verwendet werden, welche einen umweltschädigenden Herstellungsprozess aufzeigten. Sie verweist auf den wichtigen Beitrag der Wirtschaft zu all diesen Fragen und die Abwägung bei den Beschlussfassungen.

Zu den politischen Aussagen von Stadtrat Schäuble und Stadtrat Stachel nahm Stadtrat Pauling Position ein. Es werde gesagt, dass den Leuten kein Druck gemacht werden solle. Den Druck habe man, weil ewig lange auf Selbstverpflichtung vertraut worden sei. Die Industrie habe bis dato nichts gemacht. So lange die Politik keine Verbote ausspreche, werde nichts passieren. Weiter finde er es asozial zu sagen, dass der Klimaschutz das Problem der kleinen Leute sei. Die Industrie müsse hier in die Pflicht genommen werden. Es könne kein Klimaschutz organisiert werden, welcher nicht sozial gerecht sei. Es dürfe keine Angst verbreitet werden.

Gegen drei Stimmen (AfD-Stadtratsfraktion):

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Sitzungspause von 15:55 Uhr bis 16:25 Uhr

2 . Überprüfung von KW-Stellen für den Stellenplan 2022 (Referent: Bernd Kuch) Vorlage: V0424/21

Antrag:

1. Der vom Personalreferenten befürwortete Wegfall des KW-Vermerks bei 17,5 Planstellen (VZÄ) sowie die Verlängerung des KW-Vermerks bei 18,0 Planstellen (VZÄ) in den Kategorien I und II werden lt. Vorschlag der Organisations- und Personalentwicklung (siehe Anlage 1) umgesetzt.
2. Der von den Fachreferenten befürwortete Wegfall des KW-Vermerks bei 1,5 Planstellen (VZÄ) sowie die Verlängerung des KW-Vermerks bei 11,0 Planstellen (VZÄ) in den Kategorien III und IV werden lt. Vorschlag der Organisations- und Personalentwicklung (siehe Anlage 2) umgesetzt.
3. Bei den von der Organisations- und Personalentwicklung zum Vollzug des KW-Vermerks vorgeschlagenen 66,0 Planstellen (VZÄ, siehe Anlage 3) erfolgt der Vollzug der KW-Stelle zum jeweiligen Fälligkeitsjahr oder bei vorzeitigem Entfall des KW-Grundes. Eine Verlängerung oder ein Wegfall dieser Vermerke kann jeweils nur im

Fälligkeitjahr und nur bei veränderten Rahmenbedingungen (z.B. verlängerte Projektlaufzeit) beantragt werden. Eine inhaltliche Umwidmung der KW-Stelle ist nicht möglich.

Stellungnahme des Ausschusses für Verwaltung, Personal und Recht vom 15.06.2021:

Die Anträge der Verwaltung TOP 1 (V0423/21) und TOP 2 (V0424/21) werden gemeinsam behandelt.

Herr Kuch erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, die Stellenplananträge für den Haushalt 2022. Er weist auf eine ergänzende Stellungnahme beim KW-Antrag mit der laufenden Nummer 104 hin, die auch vor der Sitzung zur Verfügung gestellt worden sei. Bei den Prüfkategorien I und II (Folie S. 7) handele es sich um Stellen, die aus Sicht des Referates I unabdingbar geschaffen werden sollen, entweder im Rahmen einer gesetzlichen Pflichtaufgabe (Kat. I) oder als freiwillige, aber vom Stadtrat verbindlich beschlossene Aufgabe (Kat. II), die nur in Frage gestellt werden könne, wenn ein entsprechender Beschluss des Stadtrates vorläge. Auch die Stellen der Kategorien I und II, die in der Beschlussvorlage unter Ziffer 1 aufgeführt seien, empfehle Herr Kuch, da diese für die Aufgabenerfüllung aus Sicht seines Referates erforderlich seien. Die Stellen der Kategorie III und IV (Ziffer 2 der Beschlussvorlage) seien aus Sicht des Referates I auch notwendig, aber stehen in Verbindung mit der Ausweitung von qualitativen Standards mit Leistungsverbesserung zu den bestehenden Aufgaben. Die Fachreferate haben sich im Rahmen der Beschlussvorlage zum Teil gesondert dazu geäußert. Hier könne Herr Kuch nur die Einschätzung abgeben, wenn aus politischen oder fachlichen Gründen eine Qualitätssteigerung gewünscht werde, dann seien diese Stellen erforderlich, ansonsten aber auch verzichtbar. Bei den Stellen der Kategorien V und VI handele es sich um Stellen, bei denen es entweder keine ausreichende Begründung aus Sicht des Referates I gegeben habe oder in Bereichen, wo bereits Überbesetzungen vorhanden seien. Diese Stellen seien nicht in die Sitzungsvorlage aufgenommen worden.

Stadtrat Wittmann hält es nicht für richtig, dass bei der Kategorie I automatisch die Kausalität hergestellt werde, neue Stellen zu schaffen. Die Erledigung der pflichtigen Aufgaben müsse durch eine Schwerpunktsetzung der Vorgesetzten erfolgen. Auch bei der Kategorie II müsse diese Flexibilität vorhanden sein. Es gebe bei neuen Aufgaben in keinem staatlichen Bereich in Bayern oder auf Bundesebene Personalmehrungen. Stadtrat Wittmann ist der Meinung, dass die notwendige Aufgabenkritik dadurch entfalle und eine Konsolidierung nicht möglich sei. Neu geschaffene Stellen kämen zwar dem Bürgerservice zu Gute, seien aber langfristig nicht mehr darstellbar und finanzierbar. In Anbetracht der Einnahmesituation sei zu überlegen, wo die Reise hingehe. Stadtrat Wittmann bezieht sich in seinen Ausführungen auch auf eine CSU-Fraktionssitzung, bei der Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll das Investitionsprogramm in Höhe von 370 Mio. EUR, schwerpunktmäßig für Schulen, vorgestellt habe. Insgesamt seien es weit über 400 Mio. EUR, die erwirtschaftet werden müssen. Er bittet deshalb darum, sensibler mit dem Thema umzugehen, sonst komme man mit der Konsolidierung nicht voran.

Stadtrat Werner zeigt auf, dass die Forderung von Stadtrat Wittmann durch die ausgezeichnete Aufstellung jeder einzelnen Stelle mit ausführlicher Begründung bereits erfolgt sei. Natürlich müsse der Gesamtkontext gesehen werden und eine Diskussion nicht losgelöst von der zu erwartenden Einnahmesituation erfolgen, aber eine Personalpolitik ausschließlich nach Kassenlage sei eine falsche Politik. Stadtrat Werner sei sogar stolz darauf, dass die Stadt Ingolstadt Stellen schaffe in den Bereichen, wo

entsprechende Aufgaben zu erledigen seien, da es sich bei den Arbeitsplätzen auch um Menschen handle. Er erwarte zwar von der Verwaltung eine Prüfung auf Herz und Nieren, aber dies sei nach dem Eindruck der SPD-Stadtratsfraktion überzeugend geschehen. Spielraum werde dennoch gesehen und werde von ihm nach dem Vortrag von Herrn Kuch erläutert.

Herr Kuch bestätigt, dass jede einzelne Stelle intensiv auf Alternativen der Aufgabenerfüllung geprüft worden sei. Die bereits erfolgte Erläuterung der Kategorien V und VI sei das Ergebnis der Prüfungen auf vorhandene personelle Ressourcen. Im Rahmen der Stellenplanprüfung könne allerdings die Prozess- und Aufgabenkritik nur rudimentär erfolgen, da Aufgabenkritik mit den Zielen und den Beschlüssen des Stadtrates zusammenhänge. In Bezug auf das Prozessmanagement habe man in Ingolstadt nach Wahrnehmung von Herrn Kuch eine professionelle Herangehensweise mit einer Software und entsprechendem Fachpersonal. Die im Frühjahr begonnene Prozessbetrachtung benötige einen gewissen Vorlauf, konkrete Vorschläge werden im Rahmen des Konsolidierungsrates bzw. in der Juli-Sitzung des Stadtrates unterbreitet. Aus der Erfahrung anderer vergleichbarer Städte müsse man sich bewusst sein, dass Ergebnisse nicht innerhalb von zwei, drei Monaten zu bekommen seien. Herr Kuch gehe davon aus, dass es Ergebnisse mit Auswirkungen auf die Haushaltsplanungen 2023 im Laufe des Jahres 2022 geben werde.

Die Frage der Begründung einer Stelle und die Aufgabenkritik seien zwei unterschiedliche Dinge, die auseinanderdividiert werden müssen, so Stadtrat Schäuble. Im Zuge des Konsolidierungsprozesses sollte schnellstmöglich die Aufgabenkritik angegangen werden, um keine neuen Planstellen schaffen zu müssen. Insofern sehe er erhebliches Potential in der Verschiebung der Beschlussfassung bis zum Herbst, um bis dahin wenigstens teilweise bei den kritischen Stellen Ergebnisse zu bekommen, die eventuell dann in einem anderen Stellenplan enden würden. Zur Aussage von Stadtrat Werner in der letzten Sitzung, der Arbeitsmarkt müsse entlastet werden, stellt Stadtrat Schäuble klar, dass Nachfragen beim Handwerk ergeben haben, dass dieses von Personal überrannt werde.

Stadtrat Semle trägt vor, dass über Konsolidierung ernsthaft nachgedacht werden müsse. Es stelle sich die Frage, wie viel Vertrauen und Kompetenz man diesem vorgelegten Plan und den gut begründeten Kategorien I und II zubillige. Er sei dafür, der Verwaltung ein Stück weit zu vertrauen und die zur Diskussion gestellten Kategorien III und IV zu betrachten. In manchen Teilen werden Personalbemessungsprozesse zitiert, die in der Regel zu Stellenmehrungen führen. Insofern sei er skeptisch, ob eine sicherlich notwendige Überprüfung immer auch zu Einsparungen führe, was Stadtrat Semle aus eigener Erfahrung im Bereich der Jugendämter verdeutlicht.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf stellt am Beispiel des Umweltbereiches klar, dass die Ergebnisse einer flächendeckenden Orga-Untersuchung auch akzeptiert werden müssen. Um Synergieeffekte zu nutzen und um den Stellenplanhaushalt im Griff zu behalten, müsse eine Prüfung in den Bereichen erfolgen, wo Prozesse optimiert werden können.

Stadträtin Klein betont, dass es hier nicht darum gehe, irgendwelchen Arbeitsvorgängen, die im Vorfeld des Stellenplanes entstanden seien, zu misstrauen. Sie finde es bemerkenswert, wenn man in einer Verwaltungsvorlage die geleistete Vorarbeit nachvollziehen könne. All das seien Indizien dafür, dass man sich dezidiert mit der Thematik auseinandergesetzt habe und dies werde nicht in Frage gestellt. Die am besten geführten Unternehmen des Landes greifen dennoch auf eine Beratung von außen zurück, um regelmäßig Prozessoptimierungen anzustreben. Nicht, weil sie die Arbeit der Beschäftigten nicht genug wertschätzen, sondern um andere Erfahrungen einzubringen. Natürlich führe die Beratung in einigen Bereichen dazu, dass mehr

Personal eingestellt werden müsste, aber dann müsse man sich mit dem Thema auseinandersetzen. Um eine Priorisierung vorzunehmen, brauche man dann die politische Diskussion, die getrennt von der Diskussion über die Arbeitsqualität in der Stadtverwaltung geführt werden sollte. Auch die Diskussion über möglichst viele Arbeitsplätze als Arbeitgeber Stadt Ingolstadt sei nach Ansicht von Stadträtin Klein zu kurz gedacht. Erfreulich sei es natürlich, dass es viele verlässliche Arbeitsplätze, vor allem in der jetzigen Zeit, im öffentlichen Dienst und bei der Stadt Ingolstadt gebe, allerdings müsse man sich auch bewusst sein, dass diese wiederum von der Bürgerschaft auch bezahlt werden müssen. Auf weitere Aspekte weist Stadträtin Klein noch hin: Es solle zu einer Zusammenarbeit im besten Sinne kommen und nicht zum Unterstellen irgendwelcher politischer Scharmützel. Es gehe darum, dass die Stadt Ingolstadt für die Bürgerinnen und Bürger bestens aufgestellt sei, aber eben auch darum, den finanziellen Rahmen einzuhalten, der auch für die nächsten Generationen noch finanzierbar sei.

Stadträtin Leininger fasst zusammen, dass es Kritik am Zeitpunkt sowie an der vorgeschlagenen Methode von Seiten der CSU-Stadtratsfraktion gebe. Dies sei verstanden worden, aber nun möchte sie den grundsätzlichen Bereich verlassen und in die Diskussion zur Vorlage einsteigen. Sie greift einen Vorschlag des Oberbürgermeisters zur Beschlussqualität der nächsten Sitzung des Stadtrates auf und bittet darum, heute die Vorberatungen zu führen und das Thema zeitnah in die Fraktionen zu geben, um sich auf die nächste Sitzung vorbereiten zu können.

Herr Kuch fügt an, dass es absolut richtig sei, eine Prozessoptimierung durch externe Berater einzuholen. Diese Empfehlung werde von ihm auch in die Juli-Sitzung eingebracht. Auf die Aussage von Stadtrat Schäuble, bis zum Herbst das Potential der Stelleneinsparungen durch Quick-Wins aufzudecken, weist Herr Kuch hin, dass es sich genau um die Stellen handle, die in der Kategorie V und VI aufgeführt seien. Er merkt an, dass er verwaltungsmäßig dabei von den anderen Referaten der umgekehrten Kritik ausgesetzt sei. Von dieser Seite werde ihm gesagt, dass er zu intensiv hinschaue bzw. eine Fehleinschätzung vorliege. Herr Kuch setzt daraufhin seine Ausführungen anhand der PP-Präsentation fort.

Auf Zwischenfrage von Stadträtin Mayr erklärt Herr Kuch, dass bei jeder einzelnen Stelle die Aufgabenkategorie ganz rechts hinterlegt sei. Die unübersichtliche Darstellung in der Excel-Tabelle sei eine Übergangslösung und werde nächstes Jahr überarbeitet. Anschließend geht Herr Kuch auf den Bereich der KW-Stellen ein. Von den insgesamt 114 Stellen mit KW-Vermerk habe es aus den Referaten für 44,5 VZÄ Anträge gegeben. Empfohlen werden im Rahmen der Prüfungen insgesamt 19 Stellen, die dauerhaft ohne KW-Vermerk in den Stellenplan aufgenommen werden sollen und keine zusätzlichen Personalkosten verursachen, da diese bereits mit eingerechnet seien. Die dauerhaften Personalkosten von rund 1,4 Mio. EUR müssten aber trotzdem gesehen werden. Für weitere 29 Stellen mit KW-Vermerk werde eine Verschiebung des Vollzugszeitpunktes empfohlen.

Stadträtin Klein hakt bei diesem Punkt inhaltlich nach. In der Zulassungsstelle gebe es drei KW-Verlängerungen. Die Begründung klinge plausibel, aber aus der Erfahrung heraus werde der Vorgang der Kfz-Zulassung mittlerweile auch online durchgeführt. Es könne davon ausgegangen werden, dass der größere Teil der Zulassungen nicht von Privatpersonen, sondern von Autohändlern oder der Fa. Audi professionell erledigt werde und keine ständige persönliche Betreuung nötig sei. Deshalb stelle sich die Frage, ob zumindest in einer gewissen Zeitperspektive die Vorgänge nur noch rein online angeboten werden könnten und nur noch in Ausnahmefällen analog. Stadträtin Klein würde sich über eine Einschätzung freuen, wie das Vorgehen im Vorfeld gewesen sei und ob das ein Gedanke sei, der zum Ziel führe.

In der Tat sei das Thema Digitalisierung in der Verwaltung, gerade im Bereich Zulassung/Verkehrswesen, ein guter Gedanke, so Herr Kuch. Auch der Freistaat Bayern biete zusätzliche Digitalisierungsoptionen für die kommunalen Verwaltungen an, deshalb sei genau bei diesen Stellen die Entwicklung zu sehen. Anträge auf Verstetigung seien abgelehnt worden und in Anbetracht der hohen Fallzahlen der KW-Vermerk noch einmal um ein weiteres Jahr verlängert worden. Anfragen vom Landratsamt Neuburg, Personal gegen Kostenerstattung abzustellen, seien zudem abgelehnt worden. Betriebswirtschaftlich sei es besser, die Kunden des angrenzenden Landkreises in Ingolstadt zu bedienen, da im Zulassungsbereich bei den Gebühreneinnahmen bayernweit eine Kostenüberdeckung bestehe.

Nachdem es aber im Bereich der Kfz-Zulassungen keine elastische Nachfrage gebe, sei die Darstellung der Ergebnishöhe pro Stelle nicht richtig, so Stadtrat Schäuble. Dazu erklärt er, dass elastische Nachfrage am Beispiel Zulassungen bedeuten würde, dass bei einem Mehrangebot von Zulassungen mehr Autos zugelassen würden, was aber nicht der Fall sei, da nicht mehr Autos gekauft werden.

Herr Kuch stellt fest, dass es nun eine sehr fachliche, betriebswirtschaftliche Diskussion werde und kommt auf die zahlenmäßig größte Position im Zusammenhang mit der Überprüfung der KW-Vermerke, den KW-Vollzug zu sprechen. Zum Stand heute könne davon ausgegangen werden, dass im Zeitraum bis zum Jahr 2025 66 dieser Stellen eingezogen werden können, aber Sicherheit habe man nur für den Zeitraum bis Ende 2021. Im Jahr 2022 werden diese Stellen wieder betrachtet und dem Stadtrat ein aktualisierter Vorschlag unterbreitet. Alles, was über das Jahr 2023 hinausgehe, sei dann wieder eine Prognoseentscheidung. Fix sei deshalb immer nur das aktuelle Jahr.

Stadträtin Bulling-Schröter ist der Meinung, dass es nicht sinnvoll sei, eine Entscheidung jetzt zu fällen. Sie erwarte eine personalmäßige Strategie, in welche Richtung man in bestimmten Politikfeldern, wie z. B. Nachhaltigkeit, Soziales usw. gehe.

Verbindlich werde nur über den KW-Vollzug für das Jahr 2021 entschieden, so Herr Kuch. Die Stellen tauchen dann im Stellenplan 2022 nicht mehr auf. Die Prognosebetrachtung erfolge zum einen im Rahmen des Prüfauftrages, zum anderen überall da, wo sich ein KW-Vollzug verschiebe. Eine verbindliche Auswirkung der eingezogenen Stellen sei immer nur eine Entscheidung für das aktuelle Jahr. Für das Jahr 2021 empfehle das Referat I, 9,5 Stellen einzuziehen, wobei auch 6,5 Stellen dabei seien, die durch Beschlussfassung des Stadtrates aus den Vorjahren erst zu einem späteren Zeitpunkt hätten eingezogen werden sollen. Somit können für den Haushalt 2022 Personalkosten von rund 545.000 EUR eingespart werden. Dies möchte Herr Kuch besonders unterstreichen, da zwischen den Zeilen wahrgenommen werde, dass Personalbewirtschaftung eine Einbahnstraße sei. Weitere Folien zeigen die KW-Verteilung auf die einzelnen Aufgabengebiete und die Personalkostenentwicklung einschließlich 2021. Was noch für die Beratungen in der nächsten Sitzung des Stadtrates, aber auch für die Beratungen zum Stellen- und Haushaltsplan von Bedeutung sei, seien die Auswirkungen der heutigen Empfehlungen oder auch der späteren Beschlussfassung des Stadtrates. In der Präsentation auf Seite 20 werde dargestellt, wie sich im Jahr 2022 ohne den Planstellenlauf der Personalkostenansatz im Vergleich zum Jahr 2021 entwickle. Werden alle Stellen der Ziffern 1 und 2 der heutigen Beschlussfassung beschlossen, würde sich der Ausgabeansatz auf 182,2 Mio. erhöhen, bei Beschluss der Stellen unter Ziffer 1, die Herr Kuch empfehle, handle es sich immer noch um eine Steigerung von 181,3 Mio. EUR. 3,4 Mio. EUR davon seien dem Kunstgriff geschuldet, dass zum Haushaltsausgleich 2021 pauschale Kürzungen in dieser Höhe abweichend vom tatsächlichen Personalkostenbedarf vorgenommen wurden, was in 2022 wieder ausgeglichen werde.

Stadtrat Werner erwähnt die ausgezeichnete Vorarbeit und Diskussionsgrundlage, die Herr Kuch und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geleistet hätten. Diese sei auf gar keinen Fall umsonst, unabhängig davon, was beschlossen werde. Für die im vergangenen Jahr in nicht unerheblichem Maße zusätzlich geschaffenen Planstellen sei er sehr dankbar. Jetzt gebe es eine weitere Steigerung in nicht unerheblichem Umfang. Jede einzelne Stelle sei sauber begründet, auch die Auswirkungen einer Nichtbesetzung, was Stadtrat Werner für wichtig erachte. Der Gesamtkontext der finanziellen Entwicklung sei aber auch zu sehen. Die Betrachtung einzelner Stellen überfordere unter Umständen die ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrates. Stadtrat Werner zeigt dies anhand des Beispiels von zwei Baumkontrolleuren für das Gartenamt auf. Er schlägt deshalb vor, die Personalkostenmehrungen, die insgesamt bei rund 4,7 Mio. EUR lägen, um 15 % zu reduzieren, was nicht willkürlich erfolge, sondern nach Durchsicht aller 82,5 Stellen. Unter dem Gesichtspunkt einer Einigung im Stadtrat und der Würdigung der finanziellen Gesamtsituation bittet er die Verwaltung, bis zur Sitzung des Stadtrates einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten. Dabei werde nicht verkannt, dass das Referat I schon kritisch über die beantragten Stellen geschaut habe.

Stadträtin Bulling-Schröter möchte wissen, wie das mit den 15 Prozent gehandhabt werde.

Stadtrat Wittmann ist der Meinung, dass bei Stellenkürzungen im Bereich der Entgeltgruppe 13 mehr Geld gespart werden könne als im Bereich der Entgeltgruppe 8.

Herr Kuch informiert, dass bei dem von Stadtrat Werner angesprochenen Beispiel der Baumkontrolleure sogar 50 Prozent gekürzt worden seien, da zwei Baumkontrolleure beantragt gewesen seien, er aber nur einen für erforderlich gesehen habe. Dennoch gehe es nicht nur um das Thema der Baumpflege, sondern auch um die Haftung, falls Bäume beschädigt seien. Die Frage bezüglich der 15 Prozent von Stadträtin Bulling-Schröter könne Herr Kuch nachvollziehen, doch das Referat I könne das nicht alleine entscheiden, sondern die Entscheidungen sollten zusammen mit den Fachreferenten stattfinden.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf teilt die Meinung von Herrn Kuch, dass die Fachreferenten mit in die Entscheidung eingebunden werden sollen.

Stadtrat Wittmann ist der Meinung, dass es nicht die Aufgabe des Stadtrates sei, einzelne Stellen zu beschließen, die sich teilweise auch selbst finanzieren, sondern der Stadtrat habe ein Budgetrecht und es gebe eine Größenordnung, die man beschließe, über die die Verwaltung verfüge, und das sei die Aufgabe des Stadtrates. Was ihm dennoch ein Anliegen sei, dass man im Konsolidierungsrat 100.000 Euro einspare und hier wiederum Millionen ausgegeben werden. Man liege bei einer Größenordnung von 7.000 – 8.000 Euro und 80 Prozent davon seien Gebührenanpassungen. Stadtrat Wittmann geht davon aus, dass auch der Freistaat eine Pause wegen der Corona Pandemie benötige und deshalb nicht mehr so viel Geld zur Verfügung stehe. Denn der bayerische Finanzminister habe bereits mitgeteilt, dass sich die Zulagen für einzelne Projekte reduzieren werden. Er stellt des Weiteren klar, dass er niemanden unterstellen wolle, Stellen beantragt zu haben, ohne dass diese notwendig seien, doch man könne auf Dauer nicht mehr Geld ausgeben, als man einnehme. Er ist überzeugt, dass die 82,5 Stellen ein nicht zu lösendes Problem sein werden, denn die Vollkosten betragen über 90.000 Euro und bis 2025 werde man wahrscheinlich auf 200 Mio. Euro Personalkosten kommen, das seien seine Sorgen, so Stadtrat Wittmann. Er hält es für sinnvoll, das Ganze mit der Investitionsplanung zusammen zu fassen, um Ende September belastbare Erkenntnisse zu haben.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf macht klar, dass nicht nur Ingolstadt vor der Herausforderung stehe, sondern auch andere Städte. Die Nachkriegsbauten, Schulbauten etc. seien in die Jahre gekommen und das würde auch anderen Städten so gehen, die strukturell unterfinanziert seien, wie auch die Stadt Ingolstadt. 2004 seien 140 Stellen eingespart worden, indem man vorhandene Stellen nicht nachbesetzt habe, aber auch nicht eingezogen habe und dadurch von 2004 bis 2006 6,2 Mio. Euro im Personalhaushalt eingespart worden seien. Ab 2008 sei es dann zu einem deutlichen Anstieg von 9 Mio. Euro Personalkosten gekommen, obwohl nur 13 Stellen eingezogen wurden. Dennoch gehe er davon aus, dass man in einer wachsenden Stadt den Personalhaushalt nicht beliebig reduzieren könne.

Stadtrat Wittmann teilt die Meinung von Oberbürgermeister Dr. Scharpf, es gehe nicht um die Einsparung von Personalkosten, sondern um eine Mehrung und man habe letztes und dieses Jahr eine Personalkostenmehrung von über 30 Mio. Euro. Stadtrat Wittmann erklärt, dass die Situation 2004 nicht einfach gewesen sei und man hohe Schulden und keine Rücklagen gehabt habe. Wenn man wieder mehr Geld zur Verfügung habe, sollen Bereiche auch wieder aufgefüllt werden, in denen verzichtet wurde, doch im Moment könne man sich einen Zuwachs von 82,5 Stellen nicht leisten, so Stadtrat Wittmann. Er hofft, man könne die beiden kostenträchtigsten Bereiche zusammenfassen und mit einer weiteren Diskussion bis Ende September warten, bis man bessere Erkenntnisse habe.

Stadtrat Werner macht klar, dass auch ihm bewusst sei, dass es Corona-bedingt zu erheblichen Einnahmeausfällen hauptsächlich bei der Gewerbesteuer gekommen sei. Doch es reiche nicht, nur Sorgen zu äußern, aber keine eigenen Vorschläge zu bringen, um aus der Situation heraus zu kommen. Stadtrat Werner erklärt, dass man im Moment eine Pro-Kopf Verschuldung der Bevölkerung von null Euro habe und es nicht verwerflich sei, einen Kredit aufzunehmen, um die Schulen der Stadt auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen. Die SPD-Fraktion habe nun einen Vorschlag gebracht, mit dem sich die Verwaltung auseinandersetzen und überlegen solle, ob es überhaupt machbar sei, und er bittet, auch die Kategorien III und IV und I und II noch einmal zu prüfen. Es seien auch Stellen dabei, die im Bereich der Kinderbetreuung, im Bereich des Brandschutzes und in vielen anderen Bereichen liegen, über die man nicht diskutieren könne, da dies Pflichtaufgaben seien und zum Teil vom Freistaat Bayern auferlegt werden. Seiner Meinung nach sei es wichtig, vorsichtig an die Sachen heran zu gehen, doch man solle auch bedenken, dass der Stadtrat es jederzeit in der Hand habe und die Reißleine ziehen könne, bevor die Stellen besetzt werden.

Stadtrat Semle teilt die Meinung der SPD-Fraktion, dass eine weitere Prüfung der Verwaltung zur Kosteneinsparung stattfinden solle.

Stadtrat Wittmann stellt klar, dass er nicht wolle, dass keine Stellen geschaffen werden, sondern er sei der Meinung, dass im Moment 82,5 Stellen nicht finanzierbar seien. Deswegen habe er darum gebeten, sich mit dem Thema noch einmal im September auseinander zu setzen, wenn man dazu bessere Erkenntnisse habe, was den Haushalt und insbesondere die Steuereinnahmen anbelange.

Herr Kuch betont, dass die Stellen, die geschaffen werden sollen, kein Selbstzweck seien.

Die Investitionsliste sei groß und es seien auch wichtige Themen dabei, die aber auch politisch kaum umsetzbar seien, wenn auf diese Investition verzichtet werde. Herr Kuch erklärt, dass Investitionen gewöhnlich auch Folgekosten im Personalbereich auslösen und erläutert dies an einigen Beispielen.

Stadträtin Bulling-Schröter möchte wissen, ob die 12,5 Stellen von 82,5 bereits da seien und die restlichen dann noch eingestellt werden.

Herr Kuch erläutert, dass von den 82,5 Stellen in den Kategorie I bis IV bereits 18 Stellen ohne KW-Vermerk besetzt seien und von den 50 tatsächlich noch neu zu schaffenden Stellen sei es so, dass 12,5 einen KW-Vermerk bekommen werden.

Stadtrat Achhammer ist der Meinung, dass das Ganze zurück in die Fraktionen gegeben werden solle und dann solle am 22.06.2021 noch einmal darüber diskutiert werden, um dann einen Beschluss herbeizuführen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf stimmt dem Vorschlag von Stadtrat Achhammer zu.

Herr Fischer weist darauf hin, dass man auch eine Einnahmeseite habe, wenn staatliche Aufgaben wahrgenommen werden, dies sei zu berücksichtigen sei. Im Jobcenter sei es so gewesen, dass Stellen nicht eingespart worden, sondern vorhandene Planstellen nicht besetzt worden seien. Ein weiterer Aspekt im Jobcenter sei, dass sich der Personalbedarf nach der Arbeitsmarktlage richte, denn man brauche immer dann viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jobcenter, wenn die Haushaltslage schlecht sei und spare dann wieder, wenn die Haushaltslage gut sei. Herr Fischer könne den Vorschlag machen, 15 Prozent seiner Stellen einzusparen, doch das würde am Ende im Haushalt nichts nutzen, denn dann würden die ganze Bundeserstattung wegfallen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf hält diesen Aspekt bezüglich der Erstattungen für sehr wichtig und bemerkt, dass es sinnvoll sei, dies bei den betroffenen Stellen zu hinterlegen.

Stadtrat Werner teilt die Ansicht von Herrn Fischer und halte es auch für sehr wichtig, diese Erstattungen zu berücksichtigen. Er führt weiter aus, dass der Antrag der SPD-Fraktion auf 15 %ige Einsparung nicht an die einzelnen Referenten gerichtet sei, sondern dass es Aufgabe des Personalreferenten sei, sich dann mit den jeweiligen Referenten abzustimmen. Des Weiteren bittet er um ein Signal des Personalausschusses, ob diese Auffassung geteilt werde.

Herr Fleckinger trägt aus Sicht des Referates II vor, dass er diesen Antrag mitnehme und mit dem Oberbürgermeister und dem Personalreferenten noch einmal besprechen wolle, um zu prüfen, ob 15 Prozent richtig seien oder eine andere Gewichtung gefunden werden müsse, ob eventuell auch eine Umschichtung innerhalb des Gesamthaushaltes im Bereich Personal zum Ausgleich geschaffen werden müsse. Natürlich sei auch die Verschiebung von Qualitäten / Quantitäten im freiwilligen Leistungsbereich eine Option. Das sei die Konsequenz aus diesen jetzigen Besprechungen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf hofft, dass bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates am 22.06.2021 eine Vorlage erarbeitet werden könne.

Stadtrat Schäuble richtet die Bitte an Herrn Kuch, die aktualisierte Präsentation allen Stadträten zukommen zu lassen.

Stadtrat Semle regt an, dieses Thema erst im Stadtrat im Juli zu behandeln und nicht den 22.06.2021 zu fixieren, um der Verwaltung mehr Zeit zu geben. Des Weiteren macht er darauf aufmerksam, dass bei den Stellen für die Betreuung der Ganztagsklassen der Termin 2025 genannt worden sei, aber die Gesetzeslage erst 2026 eintrete und deshalb sei sein Vorschlag, diese Personalplanung um ein Jahr zu verschieben.

Herr Engert erklärt, dass der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich zwar ab 2026 im Bund festgelegt sei, unabhängig davon erfülle die Stadt Ingolstadt aber den Rechtsanspruch schon. Die Stadt Ingolstadt habe bereits im Jahr 2010 / 2011 beschlossen, allen Grundschulkindern eine Ganztagsbetreuung anzubieten, wenn zum Teil auch sehr improvisiert. Das bedeute, alles was im Stellenplan stehe, sei eine Weiterführung dieses Programms und der Rechtsanspruch werde für die Stadt Ingolstadt keine direkten Folgen haben, was den Stellenaufbau betreffe.

Stadträtin Bulling-Schröter möchte wissen, wie mit den ergänzenden Stellungnahmen umgegangen werde und ob es möglich sei, eine Stellungnahme des Personalrates bezüglich der Personalsituation zu erhalten.

Frau Schwarz ist überzeugt, dass es sehr viel Arbeit und Mühe gewesen sei, diese Stellen so herunter zu rechnen, wie sie den Stadträten nun vorliegen, dennoch könne sie angesichts der Haushaltslage die Diskussionen bezüglich der Planstellen sehr gut nachvollziehen. Der Personalrat der Stadt Ingolstadt habe in den letzten Jahren bewiesen, dass er sich immer mit der Haushaltssituation auseinandergesetzt habe und auch eingespart worden sei, was möglich gewesen sei. Dennoch sei es für sie nicht vorstellbar, dass noch weitere 15 Prozent eingespart werden, ohne die Qualität der Arbeiten zu beeinflussen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf macht klar, dass dieses Thema sehr gut durchdacht werden müsse und vermutlich viel Zeit in Anspruch nehme, deshalb könne er nicht versprechen, dass dieses Thema am 22.06.2021 behandelt werden könne.

Die Anträge der Verwaltung (V0423/21 und V0424/21) werden zurück in die Fraktionen verwiesen.

Herr Kuch betont, dass es sich hier um Stellen von Beschäftigten der Stadtverwaltung handelt. Die heutige Entscheidung betreffe Menschen, welche bei der Stadtverwaltung beschäftigt seien. Herr Kuch erläutert die Vorlage und geht dabei auf die drei Bereiche der Prüfung ein.

Eine vorausschauende Personalpolitik ist nach den Worten von Oberbürgermeister Dr. Scharpf wichtig. Insofern müsse schon jetzt an die Beschäftigten gedacht werden, damit diese nach dem Wegfall des KW-Vermerks weiterhin Arbeit hätten. Die Personalplanung müsse so organisiert werden, dass die Beschäftigten in anderen, freiwerdenden Bereichen eingeplant werden könnten.

Stadträtin Klein spricht sich positiv für die Verschiebung des Stellenplans aus. Ihres Erachtens könne somit mit verlässlicheren Daten im Hinblick auf den Haushalt entschieden werden. Weiter zeigt sie sich erfreut über die ausführliche Beschlussvorlage. Stadträtin Klein stellt einen Änderungsantrag im Namen der CSU-Stadtratsfrak-

tion, der FW-Stadtratsfraktion und der Ausschussgemeinschaft FDP/JU. Sie beantragt die in der Vorlage zur Verlängerung aufgeführten KW-Stellen sowie die Stellen, bei denen der Wegfall des KW Vermerkes vorgeschlagen ist und die regulär zum 31.12.2021 auslaufen würden, um ein Jahr zu verlängern. Ebenso sollten die Stellen bei denen der Wegfall des KW-Vermerks beantragt sei, auch um ein Jahr verlängert werden. Hintergrund sei eine andere Entscheidungsgrundlage im Oktober. Dem Vollzug könne man zustimmen, so Stadträtin Klein. Wichtig sei jetzt, Verlässlichkeit für die Stellen zu schaffen, welche zum Jahresende auslaufen. Zumutbar sei über die Stellen zu entscheiden, welche zum Jahresende 2022, oder noch später erst in Frage stehen.

An Herrn Kuch gewandt sagte Stadtrat Werner, die SPD-Stadtratsfraktion sei von der aussagekräftigen Beschlussvorlage begeistert. Er verstehe aber den Änderungsantrag nicht. Die Beschäftigten könnten und dürften nicht ein weiteres Jahr vertröstet werden. Dies sei seines Erachtens eine Personalpolitik nach Kassenlage. Es sei nicht vertretbar und auch gegenüber den fleißigen Mitarbeitern nicht zu verantworten. Er betone, dass die SPD-Stadtratsfraktion dem Änderungsantrag nicht zustimmen werde. Bei neuen Stellen für nächstes Jahr sei jede einzelne ordentlich begründet. Wenn diese Stellen nicht geschaffen würden, könnten viele Aufgaben nicht mehr erledigt werden. Die SPD-Stadtratsfraktion werde ihre Personalpolitik nach den Aufgaben ausrichten, welche erledigt werden müssen, mit einer größtmöglichen Qualität im Interesse der Bürger. Das Argument, dass die SPD-Stadtratsfraktion die Verwaltung aufblähen wolle, zähle nicht. Die Verwaltung werde nicht etwa durch die Einstellung einer Kindergärtnerin aufgebläht. Dies sei in keiner Weise der Fall. Trotzdem habe man der CSU-Stadtratsfraktion die Hand gereicht und die Beschlussfassung des Stellenplans auf den Herbst verschoben. Stadtrat Werner erhoffe sich dadurch mehr Klarheit im Hinblick auf die Bilanzsituation. Was die KW-Stellen betreffe, bitte er um ein Einsehen im Hinblick auf die Situation der betroffenen Beschäftigten. Ein weiteres Jahr „in der Warteschleife“ sei keine Personalpolitik. Die SPD-Stadtratsfraktion sichere ihre Zustimmung zu, da diese von der genauen Prüfung überzeugt sei.

Stadträtin Bulling-Schröter verweist auf das „Händereichen“ der Fraktionen und die Berichterstattung in den Medien. Sie sei von vielen Leuten auf das „Runtersparen“ der Belegschaft und das Unwohlbefinden angesprochen worden. Alleine dass es den Leuten wieder besser gehe, sei ein Grund zur Änderung. Auch im Hinblick auf den Bürger, damit die Erreichbarkeit in der Stadtverwaltung gewährleistet sei, sichere sie ihre Zustimmung zu. Stadträtin Bulling-Schröter stellt den Antrag, über die einzelnen

Antragsziffern getrennt abzustimmen. Sie verweist auf die Ziffer drei und den Wegfall der Planstellen. Dies finde sie sehr schade, da unter Umständen gute Kollegen dabei sein könnten. Zu Beginn der Legislatur sei im Stadtrat über die Fluktuation in der Stadtverwaltung diskutiert worden. Dabei verweise sie auch auf die Beschäftigten, welche in Rente gingen. Hier brauche man wieder gute Fachkräfte. Über die weiteren Jahre möchte sie noch nicht abstimmen.

Die JU-Stadtratstruppe halte eine Verschiebung des Stellenplans in den Herbst für richtig, so Stadtrat Dr. Meyer. Im Herbst habe man bessere und solidere Aussichten im Hinblick auf die Einnahmen und Ausgaben. Die gleiche Begründung gelte auch für die KW-Stellen. An Stadtrat Werner gewandt sagte er, es sollten keine Stellen gestrichen werden. Es gehe lediglich um größere Planungssicherheit. An Stadträtin Bulling-Schröter gewandt sagte er, es habe nichts mit Nettigkeit zu tun, wenn sich die politischen Parteien auf diesem Wege einigten. Es gehe um eine sachliche Einsicht. Es sei klar, dass man bei einer Personalpolitik strategisch nach vorne schauen solle. Dass Haushalt nach Kassenpolitik gemacht werde sei klar, wenn der Personalhaushalt des kompletten Haushalts der Stadt vierzig Prozent ausmache. Auch das Thema Nachhaltigkeit gehöre dazu. Weiter spricht er das Thema Streitkultur an und zitiert dabei den Bundespräsidenten. An Oberbürgermeister Dr. Scharpf gewandt sagt er, er habe in den letzten Wochen den Mut zu unpopulären Sparscheidungen vermisst, stattdessen sei nach Steuererhöhungen gerufen worden. Vor allem vermisse er aber die Gelassenheit und die Kritik an der Amtsführung des Oberbürgermeisters. Er betont, dass dies kein Angriff auf seine Person sein solle. Es sei ein Appell und ein Aufruf zu einer konsequenten Aufgabenwahrnehmung. Die Gelassenheit vermisse er, wenn der Oberbürgermeister die Energie und die Zeit eher ins Nachtarocken stecke und ins Recherchieren von haushaltspolitischen Entscheidungen von vor zwanzig Jahren. Stadtrat Dr. Meyer bemängelt, dass sich engste Mitarbeiter des Oberbürgermeisters mit Selbstrechtfertigung befassten, statt die dringlichen Aufgaben anzugehen. Dabei verweist er auf die Ausführungen auf Facebook eines Stabsmitarbeiters des Oberbürgermeisters. Seines Erachtens grenze das Ganze schon an Hetze und sei inhaltlich aus seiner Sicht extremer Unfug. Er betont, dass eine harte Sachdebatte erforderlich sei, denn wenn nichts mehr kritisiert werden dürfe, dann komme man dazu, dass man verstumme und nur noch Extremisten höre. Das Wahlkampfgetöse, welches der Oberbürgermeister hinsichtlich der Pressemitteilung kritisiert habe, wünsche er bei ihm und seinem Team einzustellen. Weiter verweist Stadtrat Dr. Meyer auf die Verantwortlichkeit im Hinblick auf die Konsolidierung. Er schätze, dass Oberbürgermeister Dr. Scharpf auch alle kleineren Gruppierungen mitnehme. Es

brauche aber eine Entscheidung im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung. Hier sei man nicht weiter als vor einem halben Jahr. Stadtrat Dr. Meyer erläutert, warum ihm das zu kurz komme. Im Konsolidierungsrat seien Vorschläge präsentiert worden, welche in der Summe völlig unzureichend und auch unabgestimmt gewesen seien. Dabei verweist er auf die Gebührenerhöhung bei Parkautomaten, nachdem die Parkgebührensenkung beschlossen worden sei, die Gebührenerhöhung für die Gastronomie in der jetzigen Zeit und die höheren Friedhofsgebühren. Der Vorwurf, dass seitens der Fraktionen und Gruppierungen keine Vorschläge gekommen seien, sei völlig falsch. Zu allen strittigen Themen der letzten Monate seien konstruktive Gegenvorschläge gemacht worden. Diese seien nach seinen Worten nicht beachtet worden. Stadtrat Dr. Meyer erinnert auch an den Austausch vor der Haushaltssitzung 2020. Hier habe man einen gewissen Konsens gehabt, auch die städtischen Töchter bei der Konsolidierung mit in die Pflicht zu nehmen. Weiter verweist er auf die Ostumgehung Etting als exemplarischen Punkt. Bis jetzt sei nichts bekannt, was sinnvoll sei. An Oberbürgermeister Dr. Scharpf gewandt erläutert er anhand eines Beispiels aus der Feuerwehr, dass der Oberbürgermeister der Vorstand einer aktiven Mannschaft sei und die Gesamtverantwortung trage. Den Brand lösche allerdings die aktive Mannschaft. Der Oberbürgermeister müsse aber sagen, wie dieser zu löschen sei. Der Stadtrat könne nicht in die Details hineinschauen und wisse auch nicht, welches Löschmittel das Beste sei. Sein Appell sei die Einhaltung der vom Stadtrat beschlossenen Sparziele. Dies sei der Auftrag an die Verwaltung. Er fordere, dass im Konsolidierungsrat solide nachvollziehbare Maßnahmenvorschläge ohne Zusatzbelastung für die Bürger unterbreitet würden. Man habe hier schon zu viel Zeit verloren. Er bittet Oberbürgermeister Dr. Scharpf, dies jetzt anzupacken.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont, dass dieser Punkt KW-Stellen lautet. Er weist darauf hin, dass Stadtrat Dr. Meyer diesen Punkt extrem ausgeweitet habe. Trotzdem habe er ihn sprechen lassen. Da er aber seitens Stadtrat Dr. Meyer persönlich angesprochen worden sei, gehe er darauf ein. Er informiert, dass sich der Konsolidierungsrat mit den Vorschlägen der Verwaltung auseinandergesetzt habe. Hierbei handelte es sich um eine breite Palette von Vorschlägen aus allen Referaten. In der Sitzung sei man so verblieben, diese zu begutachten und in der nächsten Sitzung konkreter darauf einzugehen. Zum Thema Aufgabenkritik merkt Oberbürgermeister Dr. Scharpf an, dass die Stelle der Leitung des Orga-Amtes ein halbes Jahr nicht besetzt gewesen sei. Insofern sollten dieses Thema und die Prozessoptimierung im Herbst genau betrachtet werden. Im Konsolidierungsrat habe man sich einvernehmlich auf das weitere Prozedere verständigt. Die erste Sitzung sei inhaltlicher Art und die

nächste Sitzung im Juli beschäftige sich mit den Details. Somit nähere man sich einer Entscheidung, sodass dann eine Vorlage im Stadtrat Ende Juli erfolgen könne. Oberbürgermeister Dr. Scharpf bemängelt, dass nach zwei Tagen seitens der JU-Stadtratsgruppe eine Pressemitteilung mit der Aussage erfolgt sei, dass die Vorschläge auf Steuererhöhungen basierten. Dies sei absolut unzutreffend. Es handle sich nicht um Vorschläge des Oberbürgermeisters, sondern um eine Sammlung aus der Verwaltung. Er weist die Anschuldigungen von „Taschenspielertricks“ erheblich zurück. Man habe sich auf ein Prozedere geeinigt und habe mit der Diskussion noch nicht begonnen, aber dann erfolgte seitens Stadtrat Dr. Meyer diese Pressemitteilung. Er habe dies als unmöglich und völlig daneben empfunden. An Stadtrat Dr. Meyer gewandt merkt er an, dass er die Gelassenheit in Person sei. Dass er nachtarocke, sei völlig klar, denn er wehre sich gegen diesen persönlichen Angriff. Weiter verweist Oberbürgermeister Dr. Scharpf auf die letzte Konsolidierung in diesem Stadtrat. Hierbei habe es sich zu über achtzig Prozent um Steuererhöhungen gehandelt. Oberbürgermeister Dr. Scharpf merkt an, dass er dies höchstpersönlich recherchiert habe. An Stadtrat Dr. Meyer gewandt regt er an, selbst Anträge zu stellen, welche Einsparpotential hätten. Das Thema Ostumgehung Etting sei völlig unstrittig. Dies sei im Dezember bereits besprochen worden.

Stadträtin Leininger zeigt sich verwundert, dass Stadtrat Dr. Meyer hier die Streitkultur anmahne, aber gleichzeitig mit einem Frontalvorwurf komme. Solche Begriffe wie „Taschenspielertricks“ trügen zur Politikverdrossenheit bei. Dies schade der Politik gewaltig. Solche Aussagen würden seitens der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nie erfolgen. Heute sei aus sachlicher Einsicht gesagt worden, dass es sinnvoll sei, erst im Oktober über den Stellenplan zu diskutieren. Für die Argumente habe man sich offen gezeigt. Dem Zusatzantrag der CSU-Stadtratsfraktion stimme die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zu.

Stadträtin Klein zeigt sich enttäuscht über die Art der Diskussion. Sie sei der Meinung, dass die KW-Stellen, die erst 2023 / 2024 enden, jetzt noch nicht verlängert werden müssten, sondern die Entscheidung auch im Oktober ausreichend sei. Es gehe vor allem darum, dass ein KW-Vermerk bei einer Stelle sich auf die Stelle beziehe und nicht auf den Arbeitsvertrag der Person, die auf dieser Stelle tätig sei, betont Stadträtin Klein. Es sei nicht die Rede davon, ob die Stadt Ingolstadt sich verschulden müsse, um Investitionen zu tätigen, sondern ob überhaupt durch die laufenden Einnahmen die laufenden Ausgaben gedeckt seien oder ob man Ersparnisse

verwenden müsse, um laufende Ausgaben zu decken, weshalb auch beim Stellenplan auf die Kosten geachtet werden solle. Deshalb sei es sehr wichtig, möglichst schnell in die Aufgabenkritik und in die Prozessoptimierung zu kommen, denn es solle nun schon dem zweiten Stellenplan zugestimmt werden, obwohl nichts über die Prozessoptimierung und Aufgabenkritik bekannt sei. Stadträtin Klein geht auf den Vorwurf ein, dass kaputtgespart worden sei. Dies könne sie allerdings nicht bestätigen, denn es sei jedes Jahr Personalmehrung beschlossen worden und dieses Jahr sei man sogar bei über 11 Prozent und deshalb sei es nur ein Vorschlag gewesen, im Juni nur die dringenden Stellen zu beschließen und den Rest in den Oktober zu schieben. Stadträtin Klein bemängelt, dass es nicht in Ordnung sei, einen Vorschlag negativ auszulegen. Sie erläutert die Situation im Jahr 2004, dass die Stadt Ingolstadt verschuldet gewesen sei, dennoch sei es eine andere Ausgangssituation gewesen als heute, deshalb sei es wichtig, kein Denkverbot zu geben, sondern über Einsparpotential zu diskutieren. Stadträtin Klein hebt hervor, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung großartige Leistung brächten, der Stadtrat aber trotzdem den Stellenplan kritisch sehen müsse.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf erklärt, dass es um Menschen gehe, die bereits eine Stelle hätten. Die Neuschaffung der Stellen sei für den September geplant, bis dahin werde man die Finanzlage betrachten.

Stadtrat De Lapuente erläutert, dass Stadtrat Werner letzte Woche im Personalausschuss den Vorschlag gemacht habe, den Personalhaushalt um 15 % zu reduzieren. Dieser Vorschlag sei eingearbeitet und im Ältestenrat diskutiert worden. Er habe dennoch die Hoffnung, dass die Finanzlage im September so gut sei, dass der Vorschlag von Stadtrat Werner nicht notwendig sei und man den Antrag zurückziehen könne. Die Verwaltung müsse optimal ausgestattet sein, um gut arbeiten zu können. Er sei dennoch der Meinung, dass die KW-Stellen, bei denen aktuell schon Menschen beschäftigt seien, Sicherheit bekommen sollten. Stadtrat De Lapuente spricht sich für die besprochene Vorgehensweise im Ältestenrat aus. Insofern werde er dem Antrag von Stadträtin Klein nicht zustimmen.

Stadtrat Schäuble spricht sich dafür aus die KW-Stellen nicht abzusetzen, denn für alle auslaufenden Verträge sei es nicht fair, erst in einer Herbstsitzung über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Es sei ihm sehr wichtig, dass die Mitarbeiter der Stadtverwaltung frühzeitig informiert werden, wie es mit den Verträgen weitergehe und dies auch in dem neuen Prozess so gehandhabt werde, dass Planungssicherheit

bestehe, denn die Stadt Ingolstadt müsse ein guter und fairer Arbeitgeber sein. Allerdings halte er es nicht für zwingend notwendig, über die Stellen, die nächstes / übernächstes Jahr ablaufen werden, zu entscheiden. Die KW-Stellen sollen nur im Beschlussjahr bestätigt oder zurückgezogen werden.

Stadtrat Witty möchte von Stadtrat Dr. Meyer wissen, wie die Kassenlage sein solle, damit auch er dem Stellenplan zustimme. Diese Frage könne Stadtrat Dr. Meyer auch gerne wann anders beantworten.

Stadträtin Kürten appelliert, über die Redezeiten nachzudenken, denn der Stadtrat sei keine Bühne, um einen Vortrag zu halten oder mit Zitaten zu belehren. Sie ist der Ansicht, dass es sinnvoll sei, dass nur die Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat diskutieren.

Stadtrat Höbusch merkt an, dass die Überprüfung des Wegfalles der KW-Vermerke Auftrag des Stadtrates nicht nur für das nächste Jahr, sondern auch für die folgenden Jahre sei.

Stadtrat Stachel halte es für richtig, darüber nachzudenken, ob die KW-Stellen nur um ein Jahr verlängert werden sollen. Der aktuelle Stand werde nicht verändert, denn kein Mitarbeiter werde dadurch seinen Arbeitsplatz verlieren und es würden auch keine neuen Stellen geschaffen.

Stadtrat Lange beschreibt die Anmerkung des Referenten auf Seite 3 der Beschlussvorlage. Er sei der Meinung, dass man genau das von Herrn Kuch erwarten würde und er schon von 54,5 Stellen auf 17,5 reduziert habe. Stadtrat Lange sagt, dass hinter jeder Stelle mit KW-Vermerk ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung stehe und ihn das an die letzte Wahlperiode erinnere, bei der sehr oft über die Krisen von Mitarbeitern der Verwaltung gesprochen worden sei. Für diese Stellen sei ein Bedarf da und deshalb hält Stadtrat Lange es für richtig, bei diesen 17,5 Stellen den KW-Vermerk wegfällen zu lassen. Der Änderungsantrag sei deshalb für ihn nicht vertretbar, denn die Mitarbeiter befänden sich teilweise schon seit 7 Jahren auf diesen KW-Vermerk-Stellen. Um bei dem Bild von Dr. Meyer zu bleiben, merkt Stadtrat Lange an, dass, wenn der Stadtrat die Freiwillige Feuerwehr und der Kommandant der Oberbürgermeister sei, die Mitarbeiter die Berufsfeuerwehr seien. Mit diesen müsse anders umgegangen werden.

Stadtrat Köstler teilt die Meinung von Stadtrat Lange und fügt hinzu, dass es zum Thema Nachhaltigkeit immer drei Aspekte gebe. Einer davon sei der soziale Aspekt und hinsichtlich dessen müsse den Mitarbeitern eine gewisse Sicherheit gegeben werden.

Stadtrat Werner weist darauf hin, dass Fakten basierte Kritik und Gegenanträge erwünscht seien, doch das sei der Antrag der CSU-Fraktion nicht gewesen. Die Meinung von Stadträtin Klein teilt Stadtrat Werner nicht, denn ein Großteil der Betroffenen habe einen befristeten Arbeitsvertrag und wolle daher wissen, wie es mit ihren Stellen weitergehe. So werde man keine hochqualifizierten Mitarbeiter halten können. Stadtrat Werner verweist im Hinblick auf das Bauprogramm auf die damalige Personalsituation. Hier hätte bereits zusätzliches Personal eingestellt werden müssen.

Stadtrat Stachel sei der Ansicht, dass es nicht reichen werde, eine Stelle im Bauamt zu schaffen, um dann ein paar Millionen Euro Bauvolumen abarbeiten zu können. Dennoch gebe es keinen Auftrag, der nicht erledigt worden sei, denn die Stadt habe in der Vergangenheit Planungen nach außen verlagert, die man selbst nicht geschafft habe.

Stadträtin Klein stellt den Antrag auf getrennte Abstimmung.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung über den Änderungsantrag der CSU-Stadtratsfraktion, der FW-Stadtratsfraktion und der Ausschussgemeinschaft FDP/JU:

Der Antrag wird mehrheitlich **abgelehnt**.

Abstimmung über die Beschlussvorlage der Verwaltung **V0424/21**:

Mehrheitlich genehmigt:

1. Der vom Personalreferenten befürwortete Wegfall des KW-Vermerks bei 17,5 Planstellen (VZÄ) sowie die Verlängerung des KW-Vermerks bei 18,0 Planstellen (VZÄ) in den Kategorien I und II werden lt. Vorschlag der Organisations- und Personalentwicklung (siehe Anlage 1) umgesetzt.

Mehrheitlich genehmigt:

2. Der von den Fachreferenten befürwortete Wegfall des KW-Vermerks bei 1,5 Planstellen (VZÄ) sowie die Verlängerung des KW-Vermerks bei 11,0 Planstellen (VZÄ) in den Kategorien III und IV werden lt. Vorschlag der Organisations- und Personalentwicklung (siehe Anlage 2) umgesetzt.

Gegen 2 Stimmen (Stadträtin Bulling-Schröter, Stadtrat Pauling):

3. Bei den von der Organisations- und Personalentwicklung zum Vollzug des KW-Vermerks vorgeschlagenen 66,0 Planstellen (VZÄ, siehe Anlage 3) erfolgt der Vollzug der KW-Stelle zum jeweiligen Fälligkeitssjahr oder bei vorzeitigem Entfall des KW-Grundes. Eine Verlängerung oder ein Wegfall dieser Vermerke kann jeweils nur im Fälligkeitssjahr und nur bei veränderten Rahmenbedingungen (z.B. verlängerte Projektlaufzeit) beantragt werden. Eine inhaltliche Umwidmung der KW-Stelle ist nicht möglich.

Beschließend

- 3 . **Besetzung der Ausschüsse und Gremien**
Hier: Entsendung in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Ingolstadt Beteiligungen GmbH
(Referent: Oberbürgermeister Dr. Scharpf)
Vorlage: V0415/21

Mit allen Stimmen:

Der Stadtrat der Stadt Ingolstadt beschließt, durch die Gesellschafterin Ingolstädter Kommunalbetriebe AöR in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Ingolstadt Beteiligungen GmbH Frau Betriebsratsvorsitzende Biljana Andjelkovic ab 1.7.2021 zu entsenden.

Beschließend

- 3.1 . **Umbesetzungen in den Ausschüssen und Gremien**
(Referent: Oberbürgermeister Dr. Scharpf)
Vorlage: V0435/21

Antrag:

Bezirksausschuss VI – West

- a) Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Mitgliedschaft von Herrn David Schmidmeyer im Bezirksausschuss VI – West mit der Aufgabe seiner Wohnung im Stadtbezirk am 15.03.2021 erloschen ist.
- b) Herr Christian Achhammer wird als Nachfolger von Herrn David Schmidmeyer mit Wirkung vom 23.06.2021 in den Bezirksausschuss VI - West berufen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf gibt zu Protokoll, dass Herr Hilmar Sturm mit Wirkung vom 01.07.21 in den Bezirksausschuss Nord-West berufen werde.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt

Beschließend

- 4 . **Museum für Konkrete Kunst und Design**
- 3. ergänzende Projektgenehmigung
(Referent: Herr Hoffmann)
Vorlage: V0456/21

Antrag:

- 1.) Für das Bauvorhaben Museum für Konkrete Kunst und Design wird eine 3. Ergänzende Projektgenehmigung erteilt.
- 2.) Die bisher genehmigten Kosten in Höhe von 32,3 Mio. € werden um zusätzliche Kosten in Höhe von 14,6 Mio. € ergänzt und genehmigt.
Die Gesamtkosten betragen damit 46,9 Mio. €.
- 3.) Die benötigten Mittel in Höhe von 14,6 Mio. € werden in der nächsten Finanzplanung auf der Haushaltsstelle 321300.940010 Museum für Konkrete Kunst eingeplant.

Informativ:

Die Museumsbuche ist abgestorben und muss auf Grund mangelnder Standsicherheit kurzfristig gefällt werden.

Stellungnahme des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 21.06.2021

Herr Hoffmann gibt anhand einer PowerPoint-Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, einen Überblick über die 3. Ergänzende Projektgenehmigung für das Bauvorhaben Museum für Konkrete Kunst und Design. Bei der Darstellung des Baukostenindex habe man als Bezugsjahr das Jahr 2015 mit 100 Prozent genommen, fügt Herr Hoffmann vorweg hinzu.

Herr Rieger, Projektsteuerer vom Büro Meixner + Partner GmbH erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, die wesentlichen Eckpunkte.

Herr Hoffmann ergänzt, dass die Museumsbuche am Mittwoch, 23. Juni 2021 gefällt werden soll, da die Standsicherheit nicht mehr gewährleistet sei. Um einer Gefahr im Verzug entgegenzuwirken, müsse man jetzt handeln. Hierfür bedürfe es einer speziellen Anordnung durch den Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf, Frau Bürgermeisterin Kleine und das Umweltamt. Vor der Baumfällung werde es noch eine Pressemitteilung geben, informiert Herr Hoffmann.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf beschreibt die aktuelle Situation als Super-GAU eines jeden Bauherren. Die genannten Kostensteigerungen bei einer Bauzeitverlängerung

von insgesamt sieben Jahren kämen in der jetzigen Haushaltssituation zu absoluter Unzeit, ärgert er sich. Man hätte wissen können, was einem blühe, wenn man in die Bodentiefe gehe. Trotzdem helfe es nicht, über vergossene Milch zu klagen. Ihn erinnere die Angelegenheit an die Desaster vom Bau des Berliner BER oder auch der Elphilharmonie in Hamburg, was die Kostenexplosion und die Bauzeitenverlängerung anbelangen. Beide Bauvorhaben seien jedoch zu Ende geführt worden, obwohl die Gremien in Berlin und Hamburg wahrscheinlich vor ähnlich unerfreulichen Sitzungen standen, vermutet er. Unter Abwägung der verschiedenen Varianten in Zusammenhang mit den Kosten, die in der Beschlussvorlage genannt werden, schließt Oberbürgermeister Dr. Scharpf einen Projektausstieg sowie den Bau eines anderweitigen brauchbaren Zustandes aus. Er plädiert für eine Fertigstellung des MKKD's. Es sei eine Wahl zwischen Pest und Cholera, zitiert er Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Inzwischen habe man keine andere Wahl. Oberbürgermeister Dr. Scharpf möchte nicht näher auf die Kulturpolitik eingehen, da es heute um Finanzen gehe. Die Mehrkosten seien nicht im Haushalt eingestellt. Bislang zahle man aus Rücklagen, informiert er.

Herr Fleckinger informiert, dass es sich bei den 14,6 Mio. Euro um reine Mehrkosten handle, die nicht in der Finanzplanung enthalten seien. Nach einem heutigen Gespräch mit Baureferenten Herrn Hoffmann, wolle man den Mitgliedern des Ausschusses noch eine Zukunftsliste über die Budgetanmeldungen und Investitionen zukommen lassen. Anfang Juli 2021 sei man in der Lage, sich ein erstes Bild darüber zu machen. Das Museum für Konkrete Kunst sei nicht das einzige Projekt, was mit Mehrkosten in ähnlicher Größenordnung zu versehen sei, bestätigt Herr Fleckinger. Die Gesamtsituation sei ohne Neuverschuldung und Kreditaufnahme nicht mehr leistbar. Ohne die scharfen Zahlen im Juli zu kennen, sei man bereits jetzt schon Mitte des Jahres 2023 bei einer Kreditaufnahme. Diese befasse sich nur mit den allerdringendsten Maßnahmen im Bereich Schulbau und Kitas, verdeutlicht er. Man werde mit Sicherheit einen hohen zweistelligen, wenn nicht sogar dreistelligen Millionenbetrag in die Finanzplanung mitaufnehmen müssen. Dies seien die ersten Grunddaten, die ebenfalls im Konsolidierungsrat vorgetragen werden würden, so Herr Fleckinger.

Stadtrat Höbusch teilt die Meinung von Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Unter den verschiedenen Handlungsalternativen, die aufgezeigt werden, sei letztendlich der Weiterbau alternativlos. Deswegen gehen seine Fragen eher in Richtung Schadensbegrenzung und Schadensminimierung. Diese gliedere er in drei Komplexe. Zum einen solle man genauer prüfen, ob der Gutachter seinen Hinweis- und Überwachungspflichten während der Bauzeit nachgekommen sei und zum anderen welche Sondierungen und Probebohrungen vorgenommen wurden. Er fragt sich, weshalb man bei der Vielzahl von Bodenproben diese Bodenverhältnisse nicht habe feststellen können. Im Hinblick auf mögliche Regressansprüche sollte hier nochmal gründlicher geprüft werden, fordert er. Weiter möchte Stadtrat Höbusch von Herrn Rieger wissen, ob das Büro Meixner + Partner GmbH die 516.000 Euro und 1,2 Mio. Euro aus fehlerhafter Kostennachführung bereits der eigenen Betriebshaftpflichtversicherung gemeldet habe. Seines Erachtens müsse man diese Position im Netto-Betrag herausrechnen. Als dritten Punkt bezieht sich Stadtrat Höbusch auf die weiteren 900.000 Euro in der Kostenaufstellung, die aus der noch nicht erfolgten Weiterverrechnung der Kosten für die Altlasten des Bodens an den Eigentümer erst noch zu verrechnen seien. Hierzu möchte er eine Aussage, ob diese Kosten tatsächlich anfallen oder ob eine Weiterverrechnung möglich sei. Falls ja, müsse man diese seiner Meinung nach aus dem Kostenansatz herausnehmen. Nach seiner überschlägigen Berechnung könne man unter Umständen 2,7 bis 3 Mio. Euro netto abziehen.

Auf die Nachfrage von Stadtrat Höbusch antwortet Herr Rieger, dass die Abstimmungen mit dem ehemaligen Eigentümer gerade laufen. Er könne heute noch keine Vertragssumme nennen, da hierzu der zweite Vertragspartner benötigt werde. Auf die

erste Frage von Stadtrat Höbusch verweist Herr Rieger auf die in der Beschlussvorlage enthaltene Übersicht. Raumsondierungen, Schürfungen, Bohrungen und Lastplattendruckversuche seien in ausreichendem Maße gemacht worden. Bezüglich der Gründungsthemen habe man 2019 einen Gutachter eingeschaltet, der entsprechende Hinweise auf mögliche Komplikationen gemacht habe, aber keinen Verweis gegeben hätte, was diese genau zur Folge haben könnten. In dem Gutachten sei die Möglichkeit der Flachgründung der Bodenplatte grundsätzlich bestätigt gewesen, aber auch die mögliche Notwendigkeit von zusätzlichen Gründungsmaßnahmen, wie z. B. einer "lastverteilfähigen-Aufschotterung" oder von Betonfundament-Lamellen" angesprochen gewesen, erläutert Herr Rieger. Zwei weitere unabhängige Gutachten haben in der Folge die erste Baugrunduntersuchung gestützt. Nach Worten von Herrn Rieger habe man die Haftpflicht bezüglich des Fehlers seines Büros noch nicht informiert. Er entschuldigt sich dafür, dass der Kostenblock zu Beginn und in der 2. Ergänzenden Projektgenehmigung nicht richtig gemacht worden sei, stellt aber auch dar, dass es sich bei den nachgeführten Kosten um "Sowieso-Kosten" handelt.

Herr Hoffmann ergänzt in Bezug auf die erste Frage, dass der Bodengutachter zu Beginn ein Subunternehmer des Generalplaners gewesen sei und man sich durchaus um ein Vieraugenprinzip bemüht habe. Zusätzlich habe man in der Folge einen eigenen Baugrundgutachter hinzugezogen, der auch alle übrigen Baugrundstücke im Umkreis betreut habe. Ein Ingenieurbüro für Geotechnik, das sich in dem Bereich relativ gut auskenne, informiert er. Nach Worten von Herrn Hoffmann seien beide unabhängigen Gutachter zum gleichen Ergebnis gekommen.

Im Vorfeld der Projektgenehmigung und der Gründung, habe man das bereits erwähnte Ingenieurbüro hinzugezogen, berichtet Herr Rieger. Zu Beginn der Planung sei durchaus eine ganz andere Gründungsmethode geplant worden. Auch das weiterhin eingeschaltete Ingenieurbüro, was eben in Ingolstadt bekannt sei, habe kein Zeichen gegeben, dass die geplante Flachgründung nicht funktioniere.

Stadtrat Schäuble trägt vor, dass das Thema Haftung seiner Stadtratsfraktion besonders wichtig sei. Weiter bemängelt er, dass die verschiedenen Varianten in der Beschlussvorlage nicht im Beschlussantrag genannt werden. Wenn man sich für Variante 1 entscheide, wofür er plädiere, sollte diese Variante auch deutlich im Beschlussantrag stehen. Stadtrat Schäuble stellt fest, dass die dargestellten Best-Worst-Case-Szenarien nur Bauzeiten betreffen. Andere Baurisiken aus der Tabelle, die als niedrig eingestuft werden, seien dort nicht abgebildet. Zum einen sehe er hier fatale Probleme was die Finanzen betreffe, zum anderen den Vertrauensverlust der Bürger in die Beschlussvorlage des Stadtrates. Deshalb bittet er um Auskunft, in wie weit dieses Szenario gänzlich die Kosten abbilde, nicht nur im Bezug auf die Bauzeit.

Die Kosten seien in Gänze dahingehend abgebildet, dass mit den entsprechenden Firmen die Verhandlungsgespräche für den Best-Worst-Case geführt wurden, antwortet Herr Rieger. Anhand von Beispielen erläutert er, welche Risiken auch nicht im Worst-Case-Szenario enthalten seien, da sie als zu niedrig eingestuft würden. Eine Garantie für den Eintritt des einen oder anderen Szenarios gebe es allerdings nicht. Herr Rieger bittet hierfür um Verständnis.

Risiken, mit deren Eintritt aus Fachsicht absolut nicht zu rechnen sei, habe man zwar untersucht, aber in der Projektgenehmigung außen vorgelassen, erläutert Herr Hoffmann. Man habe aber versucht alle Risiken in die Projektgenehmigung mitaufzunehmen, welche man für einigermaßen wahrscheinlich und absehbar halte. Irgendwo gebe es dann aber Grenzen und gewisse Dinge könne man nicht vorhersehen. Nach Worten von Herrn Hoffmann bräuchte man hierfür eine Glaskugel.

Stadtrat Köstler glaubt, dass die angegebene halbe Mio. Euro bezüglich der Risiken nicht ausreicht, in Anbetracht der Risiken die man in der Vergangenheit gehabt habe. Er habe ein schlechtes Gefühl dabei. Trete ein Risiko, welches in der Wahrscheinlichkeitsrechnung nicht berücksichtigt werde ein, dann stimme die ganze Berechnung nicht mehr.

Herr Hoffmann zeigt sich optimistisch, da sich seiner Meinung nach allen Risiken im Gründungsteil befunden haben. Verzögerungen und Schwierigkeiten seien vom Gründungsteil ausgelöst worden. Diese Unsicherheiten seien nun sehr genau untersucht worden, bekräftigt er. Insofern habe man sich getraut zu sagen, dass wenn man durch diesen Teil weitestgehend durch sei, man danach nur noch ein ganz "normales" Museum baue, so Herr Hoffmann.

Um die Bauzeit der Rohbauarbeiten und des Spezialtiefbaus möglichst wirtschaftlich zu halten, beinhalte Variante 1 den Vorschlag, denselben Auftraggeber für Roh- und Spezialtiefbau zu nehmen, so Herr Rieger. Zum einen habe man dann ein Gewährleistungsthema weniger und zum anderen könne sich die Firma Gedanken machen, die Baustelle überlappend abzuwickeln. Insofern würde man auf der Westseite mit den Rohbauarbeiten beginnen können und auf der Ostseite unter Umständen noch die letzten Pfähle bohren. Dies sei in der Beschlussvorlage als Best-Case-Szenario abgebildet.

Herr Höbusch berichtet, dass er sich zusammen mit einem Architekten die Beschlussvorlage angesehen habe und durchaus von der Handwerklichkeit der Beschlussvorlage überzeugt sei. Selten habe er in seiner Zeit als Stadtratsmitglied eine so ausführliche Vorlage gesehen. Er betont, dass man dem ganzen Team auch Vertrauen schenken müsse, da man nicht alle Verträge und Rechnungen selbst einsehen könne. Gewisse Restrisiken werde es immer geben. Er denkt, dass die vorgelegte Beschlussvorlage durchaus eine valide Risikobeurteilung sei.

Stadtrat Grob zeigt sich verärgert über die gesamte Situation. Auch für ihn komme nur Variante 1 als Alternative in Frage. Seitens der Bürger sei es ein schwerer Schlag, was die Glaubwürdigkeit insgesamt in die Bauplanung und Bauführung betreffe. Aber auch für die Politikerinnen und Politiker. Deswegen möchte die CSU-Stadratsfraktion wahrscheinlich auch die Haftungsfrage prüfen lassen. Er glaubt, im Sinne der Stadt sei man verpflichtet diese Prüfungen vornehmen zu lassen. Auch ob versicherungsseitig ein kleiner "Nachschlag" zu bekommen sei. Weiter legt er Wert darauf, das Projekt so schnell wie möglich fertigzustellen und nochmal eine Prognose zu erstellen, was zeitlich tatsächlich auf die Stadt zukomme. Er wolle in einem halben Jahr nicht wieder im gleichen Gremium zusammensitzen und die nächste Kostensteigerung beschließen. Das habe man übrigens schon bei den 32,5 Mio. Euro vor zwei Jahren gesagt, erinnert Stadtrat Grob.

Es sei erschreckend, aber nicht wirklich überraschend, stellt Stadtrat De Lapuente fest. Lese man Protokolle der Sitzungen zu Zeiten, als man das Wiener Modell diskutiert habe, dann finde man Sätze von Stadtrat Dr. Schuhmann die prophezeien: "Wenn man in die Tiefe geht, dann kommen Überraschungen". Diese seien auch eingetroffen, so Stadtrat De Lapuente. Trotzdem hält er das Projekt für ein positives Objekt. Das Museum für Konkrete Kunst und Design habe einen Mehrwert für die Stadt. In seinen Augen entstehe dort ein einzigartiges Areal mit dem Congress-Hotel. Natürlich ärgere auch er sich enorm über diese Mehrkostensteigerung. Aber das Projekt jetzt auf Eis zulegen, 30 Mio. Euro in den Sand zu setzen und gar nichts zu haben, sei sicherlich keine Variante, welche die SPD-Stadratsfraktion befürworte. Er plädiert für eine Fertigstellung des Projektes, damit die Stadt, der Tourismus und alles was dazu gehöre davon profitiere.

Stadtrat Achhammer fühlt sich durch Stadtrat De Lapuente genötigt, ebenfalls etwas zur Historie der Entwicklung zu sagen. Oft werde dem Stadtrat vorgeworfen, man habe die Statik nicht berücksichtigt. Seiner Meinung nach war man immer relativ gut beraten von Seiten der Stadtverwaltung. Man sei immer in Begleitung von hochgeschätzten Referenten sowie vielen Bauingenieuren und Architekten gewesen. Die CSU-Stadtratsfraktion habe keine Entscheidung getroffen, welche man nicht hinterfragt habe. Seiner Meinung nach habe keiner erwarten können, dass sich das Projekt bis zu fast 50 Mio. Euro weiterentwickle. Er weiß, dass der "Hamburger Entwurf" auch gewisse Reize hatte, für den sich Stadtrat Dr. Schuhmann eingesetzt habe. Alles, was einem dazu gesagt worden sei, habe jedoch gegen eine Überbauung gesprochen, betont Stadtrat Achhammer. Das Landesamt für Denkmalpflege habe davon abgeraten und nur für den nun umgesetzten Entwurf eine Förderung in Aussicht gestellt. Stadtrat Achhammer gibt einen Überblick über weitere Gründe, weshalb man sich damals letztendlich gegen eine Überbauung der Gießereihalle entschieden habe. In dem VOF-Verfahren von 2012 habe sich als eindeutiger Preisträger "Querkraft" durchgesetzt, welcher dann im Stadtrat 2014 beschlossen worden war. Stadtrat Achhammer zitiert hierzu Stadtrat Dr. Schuhmann aus einem Protokollauszug, wonach auch dieser schließlich der Projektgenehmigung zugestimmt habe. Im Stadtrat habe es nur eine Gegenstimme gegen den Wettbewerbssieger "Querkraft" gegeben, erinnert sich Stadtrat Achhammer. Das Projekt jetzt nochmal zu ändern oder gar nichts zu machen, hält Stadtrat Achhammer für unsinnig. Er glaubt es gebe nur eine Entscheidung. Beschließe man die 50. Mio. Euro auszugeben, sei die einzige Konsequenz zukünftig bei Bauten auf freiwilliger Basis einzusparen. Stadtrat Achhammer verweist hierbei auf den Konsolidierungsrat. Weiter zweifelt auch Stadtrat Achhammer daran, dass die berechnete Risikosumme von 512.000 Euro ausreichend wird. Nach seinen langjährigen Bauerfahrungen im Stadtrat, habe man bei Umbaumaßnahmen immer einen unvorhergesehenen Zuschlag von 10 bis 15 Prozent gehabt. Er hofft, dass es nicht dazu komme, aber auch ihm wäre bei der Beschlussfassung wohl, wenn dort eine Summe von 2,5 Mio. Euro stehen würde.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf widerspricht Stadtrat Achhammer durch ein Zitat aus dem Donaukurier vom 26. Juli 2012: *"Das fatale ist - wir haben in den Ausschüssen nie inhaltlich über die Entwürfe diskutiert, damals 2012, ärgerte sich Manfred Dr. Schuhmann, gestern im Stadtrat. Nicht ein einziges Mal und fast noch ärgerlicher - wir haben aus der Presse erfahren, dass die CSU für den Wiener Entwurf ist. Wir wissen bis heute nicht, was das Ganze kosten wird. Diese Weichen zu stellen, bevor inhaltlich diskutiert wurde, davor kann ich nur warnen."* Weiter zitiert er einen Auszug von 2018, als die Kostensteigerung auf 32,6 Mio. Euro zur Diskussion stand: *"Die CSU-Fraktion entschied, diese Kostensteigerung nicht hinzunehmen, erklärte Fraktionschefin Frau Klein. Wir sind nicht bereit das zu akzeptieren. Dann Dr. Schuhmann darauf: jetzt da das Projekt schon so weit vorangeschritten ist, gibt es kein Zurück mehr - das wäre ja ein Schildbürgerstreich. Die CSU und die Freien Wähler haben es selbst verbockt, jetzt müssen sie da auch durch."* Zuvor soll es nach Aussagen von Oberbürgermeister Dr. Scharpf bereits 2013 einen Antrag der SPD-Stadtratsfraktion gegeben haben, der geraten habe, auf eine Unterkellerung zu verzichten und auf den erstplatzierten Hamburger Entwurf umzuschwenken, da der Kostenrahmen absehbarer Weise nicht eingehalten werden könne.

Stadtrat De Lapuente pflichtet Oberbürgermeister Dr. Scharpf bei, was die Historie betreffe. Obwohl deren Wunsch-Modell damals nicht gesiegt habe, würde sich die SPD-Stadtratsfraktion nicht gegen dieses Projekt stellen. Er wünscht sich ein MKKD mit Mehrwert für Ingolstadt und plädiert deswegen für eine Fertigstellung.

Stadtrat Höbusch weist daraufhin, dass politische Diskussionen sowie Themen des Konsolidierungsrates und der Finanzen an geeigneter Stelle geführt werden sollten.

Aktuell gehe man wieder stärker in die Neuverschuldung. Die Frage sei, ob man weiter in Ingolstadt investieren wolle oder nicht.

Herr Hoffmann ergänzt, die 512.000 Euro seien freibleibende Risiken. Es gebe andere Positionen, welche zum Teil schon eine Risikovorsorge beinhalteten. Insofern decke die Risikosumme übersichtsmäßig nicht alle Risiken ab. Insgesamt sei es nach Aussagen von Herrn Hoffmann durchaus mehr.

Die Beschlussvorlage V0456/21 wird zurück in die Fraktionen verwiesen.

Herr Hoffmann erläutert den Sachstand zur ergänzenden Projektgenehmigung des Museums für Konkrete Kunst und Design in der ehemaligen Gießereihalle anhand einer PowerPoint Präsentation, die dem Protokoll beigefügt ist.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf äußert, dass er sich rein auf die Zahlen konzentrieren wolle, gibt einen Überblick über die Kosten und erklärt, dass, wenn der Bau eingestellt werde, man trotzdem 26 Mio. Euro für eine Bauruine ausgegeben müsste, damit das Denkmal gesichert sei. Seiner Meinung nach sei es am sinnvollsten, das MKKD fertig zu bauen, auch wenn 47 Mio. Euro sehr viel Geld seien.

Stadtrat Rehm stellt fest, dass die von der AfD-Fraktion vorgeschlagene Variante 4, die Prüfung darüber, ob das Untergeschoss herausgenommen werden könne, fehle und deshalb die AfD-Fraktion zu dem Entschluss gekommen sei, für Variante 3, den Projektausstieg, zu plädieren. Das Ganze werde dann ca. 30 Mio. Euro kosten, doch sei es eine Halle, die vernünftig nutzbar ist. Gleichzeitig habe man durch diese Methode 17 Mio. Euro eingespart und es gebe keine weiteren unkalkulierbaren Kosten mehr. Ebenso sei es ein sehr wichtiger Beitrag zur laufenden Haushaltskonsolidierung und Nachhaltigkeit in Ingolstadt, denn bereits ab Mitte 2023 werde die Stadt Ingolstadt Schulden im dreistelligen Millionenbereich haben. Stadtrat Rehm tritt deshalb mit der Bitte an Oberbürgermeister Dr. Scharpf und alle Kollegen heran, für einen sofortigen Projektausstieg zu stimmen.

Stadtrat Stachel beschreibt, dass er große Entscheidungsprobleme habe und ihm klar gewesen sei, dass 10 Mio. Euro Mehrkosten nicht reichen würden. Leider habe sich nun herausgestellt, dass 14,6 Mio. Euro Mehrkosten dazukommen werden. Seiner Meinung nach sei es nicht richtig, über die Sache hinweg zu gehen und das Ganze zu beenden, denn es sei wichtig, sich mit den Fakten zu beschäftigen und sachlich abzuwägen. Deshalb seien die Freien Wähler zu dem Entschluss gekom-

men, der Vorlage zuzustimmen. Stadtrat Stachel führt aus, dass in der Vergangenheit der eine oder andere Fehler passiert sei und man sich nun vor den Bürgern rechtfertigen müsse, dennoch bitte er die Bürgerinnen und Bürger, sich nicht vorschnell ein Urteil zu bilden, denn man habe es sich nicht leicht gemacht bei dieser Entscheidung.

Stadtrat Mißbeck schildert, dass auch er vor 10 Jahren dieses Projekt angezweifelt habe, doch nun solle keine Vergangenheitsbewältigung betrieben werden, denn die Bevölkerung erwarte Mut zu zeigen und heute eine Entscheidung zu treffen. Herr Hoffmann habe mit klaren Worten und offenen Informationen die bisher genannten Kosten von 25 Mio. Euro auf 32 Mio. Euro und nun auf 46,9 Mio. Euro erläutert, doch es gebe nur zwei Möglichkeiten, wie nun weiter damit umgegangen werden könne. Die erste Möglichkeit sei, die Grube zuzuschütten und eine kulturelle Ruine für 20 Mio. Euro zu hinterlassen. Die zweite Möglichkeit sei, das Museum heute kaputt zu reden mit krampfhaften Reduzierungen am bestehenden Gebäude, um nochmals ein paar Mio. Euro zu reduzieren und den Schuldigen der Fehlentscheidungen zu suchen. Stadtrat Mißbeck ist der Meinung, man zerrede dieses Projekt heute besser nicht, sondern treffe eine Entscheidung. Er sei trotz allem vom Weiterbau überzeugt und spreche sich für das MKKD aus.

Stadträtin Hagn bedankt sich bei Herr Hoffmann für die kostenmäßige Darstellung aller Varianten. Sie ist der Ansicht, dass das MKKD zu Ende gebaut werden solle, denn das sei die einzige nachhaltige Lösung und für sie komme es nicht in Frage, eine Halle für über 30 Mio. Euro für andere Zwecke zu nutzen, denn das sei nicht im Sinne der Nachhaltigkeit. Deshalb spreche sich Stadträtin Hagn für das MKKD aus. Darüber hinaus hoffe sie, dass das fertige Museum der Stadt eine enorme Bereicherung bringe und man in ein paar Jahren erfreut und stolz auf das Museum sei. Dennoch sei es sehr wichtig, für alle weiteren Bauprojekte ein Risikomanagement zu haben.

Stadtrat Köstler denkt, dass selbst nach der Entscheidung gewisse Zweifel bleiben werden und man erst in ein paar Jahren sagen könne, ob es die richtige Entscheidung gewesen sei. Er teilt die Meinung von Stadträtin Hagn, dass in Zukunft das Risikomanagement bei jeder Baustelle ein absolutes Muss sei, um Entscheidungen treffen zu können. Für das MKKD gebe es einen Risikopuffer von 512.000 Euro, doch alleine die Bauzeitverzögerung betrage 200.000 Euro pro Monat, deshalb sei es sinnvoll, das Restrisiko hoch zu rechnen, um den genauen Stand zu haben.

Stadtrat Witty trägt vor, dass über 40 Mio. Euro in den Bau investiert worden seien, jedoch nicht in den Inhalt des Museums. Er denkt, dass es mit diesem Geld möglich gewesen wäre, einige Jahrzehnte Gehaltskosten für das Georgische Kammerorchester zu bezahlen. Des Weiteren zitiert er einen Donaukurierartikel von vor 20 Jahren, in dem der damalige Oberbürgermeister gesagt habe, dass er zu diesem Projekt stehe und sich ausdrücklich dafür eingesetzt habe, dass die Stadt das Grundstück bekomme. Doch im gleichen Artikel habe gestanden, dass sich die Finanzlage der Stadt immer mehr verdüstere. Für die Zukunft sei es deshalb sehr wichtig zu prüfen, ob Bauprojekte realistisch veranschlagt seien und verschiedene Szenarien zu erarbeiten, die mit Risiken- und Eintrittswahrscheinlichkeit hinterlegt werden. Er bedanke sich bei Herrn Hoffman für die Übersicht und hoffe, dass das nun bei allen weiteren Bauvorhaben auch umgesetzt werde. Stadtrat Witty denke, es sei nicht richtig, nun alle Überlegungen zu begraben, denn durch das Museum werde die Stadt vor allem kulturell attraktiver und lebenswerter. Auch vor 20 Jahren habe man in schwierigen Zeiten zum MKKD gestanden und das solle heute auch so sein. Tue man dies nicht, sei das das Ende der Weiterentwicklung der Stadt und sogar das Ende der Kommunalpolitik.

Stadtrat Dr. Schickel bedankt sich bei Herrn Hoffmann und dem Baureferat für die gute Vorarbeit. Er erläutert 3 Konsequenzen, die man aus dem Desaster ziehen müsse. Das Erste sei eine offene und transparente Fehleranalyse, um heraus zu finden, wie es zu solch einer Fehleinschätzung bzw. Fehlplanung habe kommen können. Als Nächstes sei es wichtig, sich mit der Geschichte der Stadt zu beschäftigen, denn wenn man auf Festungsgrund und einem Festungsgraben baue, müsse man immer mit archäologischen Funden rechnen. Und die letzte Konsequenz sei, das Ganze zu Ende zu führen, denn Ingolstadt sei eine Kulturstadt und Kultur sei mit Investition verbunden. Für Stadtrat Dr. Schickel sei klar, keine Bauruine stehen lassen zu können, sondern dieses Museum solle zu Ende gebaut werden. In Zukunft werde dies ein kulturelles Schatzkästchen für die Stadt sein.

Stadtrat Dr. Schuhmann will in Erfahrung bringen, wie es sein könne, dass der Stadtrat am 14. Oktober 2020 vom damaligen Baureferenten mitgeteilt bekomme, dass der Kosten- und Zeitplan eingehalten werden könne und im Frühjahr 2021 sei die Lage dann ganz anders. Deshalb frage er erneut, inwieweit es möglich sei, Schadenersatz einzufordern oder Haftungsfragen zu klären.

Stadtrat Pauling verdeutlicht noch einmal, dass die Fehler in der Vergangenheit liegen würden, denn man habe nicht genau auf die Historie und den Boden geachtet. Es sei auch eine Lehre, die man für weitere Bauprojekte daraus ziehen könne, und es sei menschlich, dass, wenn man bereits in etwas investiert habe, man gerne noch mehr investiere, um das Projekt zu Ende bringen zu können. Stadtrat Pauling habe eine weitere Idee und schlägt vor, eine ökologische Markthalle mit regionalen Angeboten daraus zu machen. Er stellt klar, dass er nicht gegen das Museum oder die Kunst sei, doch dies sei eine Chance, für eine nachhaltige Nahversorgung für die Bürgerinnen und Bürger und gleichzeitig sei es eine Verlängerung der Fußgängerzone. Des Weiteren wirft er die Frage auf, was mit dem Kaufhof sei, denn dort sei früher Gebrauchsdesign verkauft worden. Diese Art von Massenverkauf gebe es nicht mehr. Stadtrat Pauling sei der Meinung, dass es eine schöne Transformation sei, von der Ökonomie der Masse zur Kultur. Das Museum solle als Magnet für Benutzer genutzt werden, aber die Stadt könne so auch von den Besuchern mit hochwertigem Design und weniger mit Billigläden verbunden werden. Er trägt vor, dass dies Vorschläge auch für zukünftige Projekte seien und die Stadtratsgruppe DIE LINKE dennoch für den Weiterbau des Museums sei.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf merkt an, dass er bereits mit der Signa Holding in Kontakt sei, doch das Areal des ehem. Kaufhof stehe nicht zum Verkauf.

Stadtrat Achhammer trägt vor, dass die Mehrkosten aus Archäologie, Wasserhaltung, Standfestigkeit und Bauzeitverlängerung entstünden und man deshalb von 32 Mio. Euro auf 46,9 Mio. Mehrkosten gekommen sei. Weitere Mehrkosten seien immer noch nicht völlig auszuschließen. Insgesamt sei es jedoch am ärgerlichsten, dass man sich für etwas habe begeistern lassen und im Nachhinein würde es nun ganz anders, als man es sich vorgestellt habe. Nun werde ein Mix aus Variante 1 und 2 gemacht. Der Risikozuschlag von nur 512.000 Euro mache ihn darüber hinaus weiterhin skeptisch. Stadtrat Achhammer ist der Meinung, dass es keine Alternative mehr gebe und die CSU-Fraktion daher dem Vorschlag von Herrn Hoffmann zustimmen werde.

Herr Engert bedankt sich für die konstruktive Diskussion und geht darauf ein, dass es für alle Beteiligten eine schwierige und belastende Situation sei, doch das Ziel sei es, die positive Botschaft für diese Stadt herüberzubringen. Herr Engert geht auf drei Punkte ein. Zum einen sei es wichtig, dass bei der Finanzbetrachtung die Zuschüsse von 10 Mio. Euro berücksichtigt werden, diese Zuschüsse könnten allerdings verloren

gehen, wenn das Museum nicht gebaut werde. Des Weiteren erklärt er zur Frage von Stadtrat Dr. Schuhmann, dass sich das Landesamt für Denkmalpflege bereits sehr um das Museum bemühe und auch versuche, über seine Förderung zu unterstützen. Das Zweite sei, dass die ehem. Gießereihalle durch verschiedene Faktoren – wie die historische Doppelstützenreihe – nur eingeschränkt nutzbar und dadurch für andere Nutzungen nur schwer verwendbar sei. Der letzte Punkt sei das Thema Kosten, denn Herr Engert denke, es sei wichtig, dass man auch von Museumsbauten anderer Städte die Kosten pro Quadratmeter zum Vergleich heranziehe. Da ein Museum in Deutschland im Schnitt 10 bis 15 Tausend Euro pro Quadratmeter Nutzfläche koste, sei es auch für Ingolstadt nicht möglich für 5 Tausend pro Quadratmeter Euro zu bauen.

Stadträtin Leininger verdeutlicht, dass es wichtig sei, die beiden Projekt MKKD und Kammerspiele getrennt zu betrachten und es sei für sie klar, dass es kein Zurück mehr gebe und das MKKD fertig gebaut werden müsse. Sie sei der Meinung, dass man am Ende einen hervorragenden Kulturort bekomme. Das MKKD hebe die Kulturstadt Ingolstadt auf ein anderes Niveau.

Gegen 3 Stimmen (AfD-Fraktion):

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Beschließend

- 5 . Dringlichkeitsantrag: Instandsetzung Donauwurm und angrenzende Wasserflächen
-Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 22.06.2021-
Vorlage: V0505/21**

Antrag:

die Ausschussgemeinschaft FDP/JU stellt den Dringlichkeitsantrag, den Donauwurm und angrenzende Wasserflächen umgehend in Stand zu setzen

Begründung:

Der alte Teil des Donauwurms und die angrenzende Wasserfläche sind in enttäuschendem Zustand. Der alte Teil des Donauwurms ist komplett mit Gänsekot bedeckt und teilweise unter Wasser, das Wassergras drum herum wächst bis an die Oberfläche, so dass das Schwimmen für kleine Kinder nicht mehr möglich ist. Das Schwimmkreuz, ein schönes Ziel für Schwimmanfänger, ist nicht mehr nutzbar, da nur noch ein Balken vorhanden ist und ebenfalls komplett mit Gänsekot bedeckt ist.

Inzwischen sind der alte Teil und der Sandstrand des Donauwurms mit einem Bauzaun komplett gesperrt.

Durch die Schließung der Hallenbäder im Coronajahr, die jüngste Schließung des Klinikumbades und das Reservierungssystem im Freibad weichen bereits Schwimmschulen an den Baggersee aus und finden lediglich eine verbliebene etwa 3 Meter breite Einstiegsstelle vor, die sich knapp 10 Kinder teilen müssen.

Die Anzahl der Kinder, die schwimmen können, nimmt dramatisch ab, wie Schwimmlehrer berichten. Die Kinder leiden durch den Lockdown an Bewegungsarmut, Gewichtszunahme und abnehmenden sozialen Kontakten.

Es müssen dringend weitere Schwimmmöglichkeiten geschaffen werden, aber zunächst müssen die wenigen verbliebenen erhalten werden.

Es verbleiben nur noch wenige Wochen, in denen der Baggersee dazu verwendet werden kann, oben genannten Negativfolgen für unsere Kinder entgegenzuwirken. Aber auch für die Erwachsenen ist der Donauwurm eine wichtige Gelegenheit, Erholung und Ausgleich zu finden.

Stadtrat Ettinger schildert den Zustand des Donauwurmes und erklärt, dass dieser teilweise unter Wasser stehe und voller Gänsekot sei und auch das Schwimmkreuz sei wegen dem vielen Wasser gerade nicht mehr erreichbar. Er halte es für dringlich, das Ganze herzurichten, da die Kinder dort nicht schwimmen könnten und auch die Schwimmbäder Corona-bedingt geschlossen seien.

Frau Preßlein-Lehle erklärt, dass der Donauwurm aus Sicherheitsgründen abgesperrt sei und stellt klar, dass die Verwaltung bereits tätig sei und es aus ihrer Sicht nicht erforderlich sei, den Donauwurm instand zu setzen, denn im Moment sei der hohe Wasserspiegel im Baggersee das Problem. Es gebe bereits Gespräche zwischen Umweltamt, INKB, Gartenamt und Wasserwirtschaftsamt, um die Ursache zu finden. Nach Aussage des Wasserwirtschaftsamtes sei das Problem das angestiegene Grundwasser wegen der Regenfälle der letzten Wochen. Nun sei zu klären, ob man zukünftig öfter mit solchen Pegeln rechnen müsse, denn dann solle der Donauwurm nicht instandgesetzt, sondern erhöht werden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll vermutet, dass der Donauwurm bald wieder benutzbar sei, denn gerade in der Corona-Zeit sei der Donauwurm ein sehr attraktiver Punkt. Eine Abstimmung sei ihrer Meinung nach nicht notwendig, denn die Bearbeitung der Verwaltung sei bereits vorhanden.

Stadtrat Ettinger stimmt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll zu, dass eine Abstimmung nicht notwendig sei, denn das Thema werde bereits bearbeitet.

Der Antrag ist durch Verwaltungshandeln erledigt.

-Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet.-